

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

178 (3.8.1921)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Verlagsmittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 8.50 M; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einpaltige Kolonelleile 1.20 M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: 10 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor. schluß 8

### Eine Mahnung des Reichskanzlers an die Entente und an Polen

Bremen, 3. August. In einer von etwa 5000 Menschen besuchten öffentlichen Versammlung, die von der Handelskammer Bremen einberufen war, sprach Reichskanzler Dr. Wirth über die wirtschaftliche Lage. Er will keine Rede der Resignation, sondern der Ermunterung halten. Die Lösung heißt: Durch Arbeit zur Freiheit! Es handelt sich nicht um vergangene Illusionen der Macht, sondern die Überzeugung, daß ein Ausgangspunkt für die Gesundung des Welthandels sein. Dieses Wiedererwachen ist nur möglich unter dem Gedanken des Rechtes, nicht unter dem Gedanken der Macht. Wohin der Nachgedanke führt, zeigt das traurige Schicksal Oberschlesiens. Jede Stimme des Rechtes begrüßen wir mit Dank, ob sie von jenseits des Ozeans oder von jenseits des Kanals zu uns herüberkommt. Mit Dankbarkeit hören wir, daß aus dem Munde fremder Staatsmänner der Gedanke vom Glück und der Wohlfahrt der Völker wieder öffentlich zum Ausdruck kommt. Es wäre eine Schande, daß der große demokratische Ideal der Welt nicht das Recht, sondern die Diktatur vorantreibt in Oberschlesien zur Geltung käme. Alle Mächte moralischer Natur rufen mit eherner Stimme in die Welt hinaus: **Wahrt den Gedanken der Selbstbestimmung der Völker, der Demokratie und der Freiheit, wenn ihr das unglückliche Europa nicht endlos dem Untergang weihen wollt.**

Sieben Jahre sind dahingegangen seit der Unglücksstunde des schärfsten Ultimatus. Soll das neue Ultimatum neue Forderungen über Europa bringen? Europa kann nicht noch einmal durch neuen Wirrwarr hindurchgeführt werden. Die Todeschatten lagern über dem Kontinent, während er der Reinger des Lichtes und der Freiheit für die ganze Welt sein müßte. Leider regiert in Warschau die politische Leidenschaft in grenzenlosem Hochmut, der die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen will. Bremen war einer der Orte, von denen deutsche Kultur und deutsche Arbeit in die Länder des Ostens getragen wurde. Deutsche Kultur, deutsche Zivilisation und deutsche soziale Wohlfahrtsrichtungen stehen in Oberschlesien auf dem Spiele. Oberschlesien hat unter der deutschen demokratischen Freiheit andere Tage gehabt, als unter der Herrschaft der polnischen Nationalisten. Bremens Arbeiterschaft und Kaufmannschaft muß zusammenstehen mit der Reichsregierung in der Verteidigung der großen europäischen Richtlinien der Reichspolitik, die geleitet sind von dem großen Gedanken der Erfüllung unserer Verpflichtungen gegen das Ausland und geleitet von dem Gedanken der Arbeit, des Rechtes und der sozialen Wohlfahrt. Das Vertrauen Deutschlands, daß mit ihm ein faires Spiel getrieben wird, das Vertrauen in die europäische Solidarität und das gemeinsame Interesse aller Völker an der Freiheit der Demokratie darf nicht enttäuscht werden.

### Die Cholera und der Hunger in Rußland Der Marsch der Hungernden auf Moskau

Kopenhagen, 2. Aug. „Politiken“ wird aus Riga telegraphiert: Amtlich wird mitgeteilt, daß die Cholera im Gouvernement Samara furchtbar wütet. Allein in der Stadt Samara kommen täglich 400 neue Fälle vor. Im Gouvernement Samara gibt es bereits über 40 000 von ihren geliebtesten Eltern verlassene Kinder. Nach einer Meldung des „Zvezdija“ beläuft sich die Zahl der hungernden Bewohner, die auf Moskau zu marschieren, über 6 Millionen. Am 20. Juli erreichten sie die Stadt Kambon, nachdem sie die ihnen entgegengeführten Truppen in die Flucht geschlagen hatten. Sie plünderten alle Vorräte und töteten sämtliche Pferde. Die Truppen, denen der Schutz der Stadt anvertraut war, hatten sich gezeigert, auf die Menge zu schießen. „Politiken“ veröffentlicht eine Petersburger Meldung, wonach dort Gerüchte verbreitet wurden, daß die Sowjetregierung gegenüber dem Menschewiki die Erklärung abgegeben habe, daß sie der Lage Rußlands nicht gewachsen sei. Sie sei bereit, mit allen Parteien das Schicksal Rußlands zu bestimmen. Sie verlange, daß das eingesezte Stillschmeißen, in denen die Menschewiki nur schwach vertreten seien, die Macht übernehmen solle. Riga, 1. Aug. Die Zahl der unmittelbar von der Hungersnot betroffenen deutschen Wolga-Kolonisten beträgt etwa 800 000. Das Moskauer Stillschmeißen hat für das Kolonistengebiet 1 1/2 Milliarden Rubel zu sofortiger Hilfeleistung angewiesen. Die „Nigaische Rundschau“ richtet einen Ruf aus an die Deutschen der ganzen Welt, im Rahmen der ganzen Hilfsaktion für Rußland die deutschen Wolga-Kolonisten zu unterstützen.

### Polnische Hege zu gewalttätigen Aktionen in Oberschlesien

Breslau, 3. Aug. In der polnischen Presse Oberschlesiens wird jetzt unmittelbar vor der Entscheidung durch den Obersten Rat in der stärksten Form mit Gewalttätigkeiten gedroht, falls die Entscheidung nicht in polnischem Sinne ausfällt. Welchen Ausfall die polnische Presse ihren Anhängern als möglich vorzieht geht aus einem Leitartikel des Katowitzer sehr verbreiteten Blattes „Polak“ hervor, in welchem es heißt, daß den Streitgegenstand im Obersten Rat hauptsächlich die Kreise Hindenburg und Gleiwitz darstellen würden. Außerdem würde noch ein Kampf um die Kreise Lublitz, Loß, Groß-Strehlitz und Larnowitz auszuspielen sein, die die Engländer den Deutschen für die Städte Katowitz, Beuthen und Königshütte geben wollten. Die polnische Regierung müsse aber auch zu erreichen streben, daß über Teile der Kreise Ratibor, Rosel und Oppeln und über die Kreuzburger Eisenbahnlinie verhandelt werde. Der Zweck solcher wahnwitziger Verdröhnungen der Sachlage ergibt sich aus dem zweiten Teil des Artikels, in dem es heißt: **Schmer würde für die wiederaufgerichtete Republik ein neuer Krieg sein, wenn er aber unvermeidlich ist, so ist es besser, ihn jetzt anzufechten, wo man des Sieges sicher ist, als durch Verzögerungen seine Schreden nur noch zu vergrößern, dagegen die Aussicht auf Erfolg zu verringern. Denn heute erfreut sich Polen dank der Machtlosigkeit, der Krankheit und des Hungers in Sowjetrußland und seines Bündnisses mit Rumänien einer Bewegungsfreiheit, die einige Jahre später schwer zu erlangen sein würde, wenn das Bündnis Deutschlands mit Rußland und die gesteigerten Rüstungen sogar unsere Unabhängigkeit bedrohen würden.** In dieser Weise wird die polnische Bevölkerung Oberschlesiens und auch das anschließende Kongregpolen jetzt auf neuen bewaffneten Widerstand gegen die Entscheidung des Obersten Rates vorbereitet.

### Das Schicksal des Kabinetts Wirth

Hamburg, 2. Aug. Die „Neue Hamburger Zeitung“ veröffentlicht eine Ansicht von führender parlamentarischer Seite, worin festgestellt wird, daß das Ministerium Wirth vollständig klar über die Notwendigkeit seines Rücktritts sei, falls es in der obersteinsten Frage und in der Angelegenheit der Sanktionen keine Erfolge erzielt. Das Parlament teile in seiner überzogenen Mehrheit den Standpunkt der Regierung. Von der Entscheidung über Oberschlesien und über die Sanktionen hänge also das Schicksal des Kabinetts Wirth, das Schicksal Deutschlands und darüber hinaus das Schicksal eines großen Teiles der Welt ab. Diese Entscheidung würde ihre vernichtende Wirkung aber nicht bloß dann ausüben, wenn sie zu unangenehmen Deutschland und der Gerechtigkeit erginge, sondern auch eine weitere Verschleppung, sei es durch eine Verfrüchtung der Konferenz, sei es durch internationale Verwaltung des Industriegebietes unter Aussetzung der energiegelichen Juteilung, wäre ebenso unerträglich wie eine positive ungünstige Entscheidung. Diese Auslegung der führenden parlamentarischen Seite dürfte wohl schon als ein erster Vorstoß der nationalistischen Reaktion gegen das Kabinett Wirth sein, den wir in unserem Leitartikel vom letzten Montag vorausgesehen. Die Reaktion kann es nicht erwarten, erklären zu können, daß nunmehr das Risiko jener Politik offenbart sei, die mit der Annahme des Ultimatus begonnen wurde. Wir haben in genanntem Leitartikel unsere Meinung dahin kundgetan, daß der Ausfall der Entscheidung über Oberschlesien, welcher es immer sein mag, für das Kabinett Wirth kein Anlaß sein darf, zurückzutreten, und daß man sich durch das Verhalten der reaktionären Rüstungsmächte keinen Augenblick einschüchtern lassen darf. Selbst wenn die Entscheidung ganz unerwartet ungünstig ausfällt, dürfte das Kabinett Wirth es auf keinen Fall so machen, wie das Kabinett Lehrenbach-Simons, das den Kopf vorlos und die Flucht ergriff. Die Regierung Wirth muß unter allen Umständen, auch unter den schlimmsten, so lange bleiben, bis der Reichstag gesprochen hat.

### Die Abkehr von Moskau

Die Frage, ob der Märzputch von 1921 der kommunistischen Partei genützt oder geschadet habe, ist selbst von den Leuten, die von dem Verdacht parteipolitischer Tribulation ihres Urteils frei sind, sehr unterschiedlich beantwortet worden. Es gab genügend Politiker, die der Ueberzeugung waren, daß die Nachwirkung der Urteile der Sondergerichte aufreizender auf die Arbeiterchaft wirken müsse, als der Ausgang des sinnlosen Putches enttäuscht hatte. Wenn die nachfolgenden Wahlen in Mitteldeutschland Verluste der Kommunisten brachten, so waren doch die Gewinne der übrigen Parteien nicht so groß, daß sie das Uebergeben großer Arbeitermassen zu weniger radikalen Parteien beweisen konnten. Es machte sich vielmehr die Tatsache bemerkbar, daß ein großer Teil der Arbeiterchaft vom politischen Kampflager, also von den Wahlen fernblieb. Ob diese Verdrögerungen und Enttäuschungen sich später wieder der K.P.D. zuwenden oder einer anderen Partei anschließen würden, das hing noch von den kommenden politischen Ereignissen ab. Auf Grund dieser Erscheinungen waren also wohl Vermutungen, nicht aber irgendwelche sicheren Schlüsse möglich. Verjagte der politische Maßstab, so mußte um so wichtiger für die Beurteilung dieser Frage der Ausfall großer gewerkschaftlicher Kämpfe sein. Hier mußte sich zeigen, wie die Masse der Arbeiterchaft zu den kommunistischen Ideen stand. Die Wahlen zum Metallarbeiterverband, einem der wichtigsten und größten der Gewerkschaftsverbände haben nun eine höchst bedeutsame Niederlage der Kommunisten gebracht. Nach einem gestern im „Volkstfreund“ veröffentlichten Telegramm haben bei den Wahlen bis jetzt 463 Delegierte für Amsterdam und 73 für Moskau gestimmt. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen recht lebhaft, da die Kommunisten alles aufgegeben hatten, um möglichst viel Delegierte zum nächsten Metallarbeiterkongress zu entsenden. Aber fast überall weisen die Zahlen der Kommunisten und ihrer Moskauer Liste einen gewaltigen Rückgang auf. Die endgültigen Resultate dürften wahrscheinlich eine Zweidrittel-Mehrheit, wenn nicht noch günstigere Ziffern für die Anhänger der Amsterdamer Internationale ergeben. Rechnet man einige für die Kommunisten besonders erfolgreiche Bezirke ab, wie etwa Stuttgart, so wird die Minderheit der Kommunisten noch größer und aussichtsloser. Allerdings ist das Wahlsystem kein einwandfreies, da in einzelnen Orten, wie z. B. in Berlin, große Minderheiten der Kommunisten keine Vertretung auf dem Kongress finden. Die Wahlen zum Metallarbeiterverband beweisen daß die bestechende Wirkung der kommunistischen Phrasen bei der deutschen Arbeiterchaft übermunden ist. Die Lage des Kommunismus in Deutschland sind gesäubert. Irrendwache politische Aktivität werden die Kommunisten unter den Arbeitermassen nicht mehr gewinnen können, was um so weniger, als die Ereignisse in Rußland den Bankrott des bolschewistischen Systems in immer deutlicherem Maße zeigen, und die völlig unklaren Erscheinungen des letzten Kongresses der 3. Internationale keine ideale Basis für große westeuropäische Arbeiterbewegungen mehr bieten. Von jedem demokratischen Gesichtspunkt aus kann diese Fortentwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland nur auf das freudigste begrüßt werden.

### Der Oberste Rat — Deutsch-französische Verhandlungen

Paris, 2. Aug. Der „Matin“, der eine Uebersicht über das voranschreitende Arbeitspensum des Obersten Rates gibt, meint, es sei jetzt zweifelhaft, ob die Experten ihre Arbeiten am 8. August beenden können werden, und es werde sich wahrscheinlich daraus die Notwendigkeit ergeben, daß der Oberste Rat in der kommenden Woche aufgestellt sein werde, zu einer definitiven Lösung zu kommen. Er werde sich mit einem Protokoll begnügen, die unbestrittenen Gebiete den Deutschen und Polen zu überlassen und die Entscheidung über das Industriegebiet auf später zu verlagern. Ueber die Sanktionen sagt das Blatt, Frankreich erkenne an, daß durch die Tätigkeit der Garantiekommision in Deutschland sich die Notwendigkeit ergebe, die wirtschaftlichen Sanktionen mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Kontrollsystem des Deutschen Reiches in Uebereinstimmung zu bringen. Frankreich scheint also, wenigstens in der Frage der rheinischen Zollgrenze, seine bisherige intransigente Haltung aufgeben zu wollen. Der „Petit Parisien“ teilt mit, daß die von der französischen Regierung auf Grund der zwischen den deutschen und französischen Wiederaufbauabmachungen in den letzten Wochen geführten Verhandlungen ausgearbeiteten Vertragsentwürfe von Tannet, einem der französischen Experten, dieser Tage in Berlin überreicht worden seien. Aus den Verhandlungen, die Tannet mit den zuständigen deutschen Stellen gehabt habe, ergebe sich, daß diese nur geringfügige Modifi-

### Bergewaltigungen durch belgische Soldaten

Duisburg, 3. August. Hier wurde gestern ein Mädchen von belgischen Soldaten bergewaltigt. Unter dem Vorwand Quartier zu machen, ließen sich zwei Belgier die Wohnung zeigen. Hierbei hatten sie wahrgenommen, daß die Herrschaft verheiratet und das Mädchen allein anwesend war. Abends erschien der eine Soldat wieder und ließ sich nochmals die Zimmer zeigen, auch das des Mädchens, in dem er das Mädchen bergewaltigte. Hilfesüchtige verhalten ungehört. Dies ist der dritte Fall von Notzucht in letzter Zeit.

### Boripiel des polnischen Aufstandes

Breslau, 3. August. Galenge durchzogen die ganze Nacht fortgesetzt Banden, die Lieder sangen und spielten und Hochrufe auf Polen hören ließen. Durch den Ort fuhren auch mehrere Wagen, in denen ehemalige Insurgenten saßen und mit Gummiknüppeln, zum Teil auch mit Gewehren bewaffnet waren. Fortgesetzt hörte man Schüsse fallen. Die Ortsbewohner wurden während der ganzen Nacht belästigt und Straßensperren angehalten. Man spricht hier von einem Boripiel, der polnischen Insurgenten nächster Woche beginnen soll. Die Bevölkerung ist in großer Aufregung darüber. In der Umgebung treten sich noch viele Banden ehemaliger Insurgenten an.

### Militarismus und Arbeiterkraft in Frankreich

(38.) In den Teilen des Friedensvertrages von Versailles, der nicht von wirtschaftlichen Forderungen handelt, wird mit wohlfeiler Fierlichkeit von der Sicherung des Friedens geredet. Wie ernst diese schönen Worte von den vertragsschließenden bürgerlichen Regierungen genommen werden, bezeugt ein Gegenentwurf der französischen Regierung zum Schutze des unbeschränkten Militarismus.

Dieser Gegenentwurf ist die Antwort der Generale auf den spontan austretenden Anwillen und die Reuerereien gegen die Einziehung der Jahresklasse 1919. Der Entwurf verbietet alle antimilitaristische Propaganda, gleichgültig in welcher Form oder durch welche Mittel, durch die Angehörige des Heeres und der Marine, Artillerie und Meseristen, zu Ungehörigen Handlungen oder zum Ungehörigen gegen ihre Offiziere veranlaßt werden können. Drei Dinge werden als Ungehöriges der bürgerlichen Ordnung besonders erwähnt: Die Einberufung zur Armee, der Schutz der Befehle und der militärischen Verordnungen und die Verteidigung der republikanischen Verfassung.

Schon die ersten Paragraphen des Gesetzes geben dem Gesetz: „Heeresangehörige“ eine Weite, daß darunter alle Wehrfähigen zu verstehen sind, vom jüngsten Rekruten bis zum ältesten Landwehrmann. Sie nehmen daher einem großen Teil der Zivilbevölkerung das Recht, sich über den Militarismus auszusprechen.

Aber damit nicht genug, keiner soll mehr darauf hinweisen dürfen, daß der Militarismus die Krone des Kapitals in bürgerlichen Demokratien ist; keiner darf sich erlauben zu behaupten, daß Heeresausgaben im Frieden und erst recht im Kriege nur die Steuern erhöhen und die private Rüstungsindustrie bereichern; daß lebende Heere nur Nachmittels des weissen oder roten Imperialismus und Garantien künftiger Kriege sind. Denn durch alle Gedanken, die gegen den Militarismus in Wort und Schrift geäußert werden, kann der Geist des Widerstandes bei den Soldaten geschürt werden. Darum verbietet der Entwurf alle Propaganda gegen den Militarismus in allen Kreisen des Volkes, denn das ist der Sinn der Verfassung, die die Propaganda durch dritte Personen verbietet. Die öffentliche Meinung steht zur freien Verfügung der Generale. Der französische Gewerkschaftsbund hat daher schärfsten Protest angekündigt; die antimilitaristische Propaganda gehe zu seinen Grundstücken und er werde sie nicht aufgeben; überall haben die Ortsgruppen dieser entschiedenen Haltung zugestimmt. Die französische sozialistische Jugend hat sich in einem Hamnenden Manifest den älteren Kameraden angeschlossen. Wenn der Entwurf Gesetz wird, wird die Propaganda gegen den Militarismus nicht geringer werden: sie wird nur im Namen des Rechtes gegen das Gesetz geführt werden.

### Der internationale Gewerkschaftsbund und das oberclassische Problem

Aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund schreibt man aus:

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund für das Studium der oberclassischen Frage eingesetzte Kommission veröffentlicht den Bericht über die von ihr im umfassensten Bereiche durchgeführte Untersuchung. Es handelt sich dabei um ein bedeutendes Dokument, das einen allgemeinen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse des industriellen Gebietes, eine Prüfung der sich gegenüberstehenden Auffassungen sowie schließlich eine Zusammenfassung der für die Beilegung des gegenwärtigen Konfliktes unbedingt nötigen Voraussetzungen gibt.

Die Enquete der Vertreter des IGB, fiel in die Zeit des oberclassischen Aufstandes. Sie erinnern an die Haltung, zu der sie sich unter diesen Umständen verhalten haben sowie auf die erfolgreichen Bemühungen, die sie zur Herbeiführung des Friedens gerade in dem Augenblicke machen konnten, wo sich die Lage am meisten zuspitzte hatte.

Die Enquete hatte aber nicht nur den an sich bedeutsamen Wert, der ihr durch die besonderen Umstände zukam. Die Delegation hatte bei ihren Untersuchungsarbeiten vor allem die allgemeine Lage des Landes und die Mittel zur Lösung dieses schwierigen Problems im Auge. Der auf Grund dieser Ergebnisse ausgearbeitete Bericht wird diesem Ziele in jedem Betracht gerecht.

Es werden darin die wirtschaftlichen und allgemeinen Bedingungen in ihrer Gesamtheit geprüft; die daraus gezogenen Schlüsse stellen indes nicht einen Plan dar, der eine Angliederung und Berücksichtigung empfiehlt, sondern die für eine gerechte Lösung unumgänglichen Bedingungen darlegt.

Die Vertreter des IGB haben festgestellt, daß das oberclassische Problem im Wesen eine Frage um den Besitz des in-

dustriellen Gebietes ist. Sie heben hervor, daß dieses Gebiet eine wirtschaftliche Einheit darstellt und nicht geteilt werden darf, wenn nicht seine ganze wirtschaftliche Tätigkeit und Entwicklung gefährdet werden soll.

### Badische Politik

#### Der „Süddeutsche Zeitung“ ins Stammbuch

Der demokratische Parteiführer Ludwig Haas schreibt in der Wochenchrift „Die Hilfe“ über das Nationalgefühl: Viele sprechen von ihrem Nationalgefühl und brüsten sich damit; trotzdem ist ihr Nationalgefühl schwächer als das mancher anderen Leute. Leise spricht man von dem, was man am tiefsten fühlt.

Auf der tiefsten Stufe nationalen Empfindens steht der, der anderen ihr Deutschtum abspricht.

Schon einmal sprach einer von vaterlandslosen Gesellen. Millionen der vaterlandslosen Gesellen sind in treuer Pflichterfüllung für ihr Vaterland gefallen. Im Kriege wählten alle, daß das Wort von den vaterlandslosen Gesellen ein böses Wort gewesen war. Aber schon jetzt wieder geht das verbrecherische Wort im Lande um.

Ich höre die Rechtsradikalen und die Hofenkreuzler heulend den anderen ihr Deutschtum absprechen. Wie klein und arm wäre Deutschland, wenn nur sie Deutsche wären.

In der Front müssen merkwürdig wenig von jener bösen Sorte gewesen sein, die jeden vaterlandslos, der sich der herrschenden Phrase entgegenstellt. Sie sind nicht gefallen, denn sie schreien wieder so laut, wie vor dem Kriege. Sie waren nicht im Schützengraben, denn dort hätten sie gelernt, daß Menschen verschiedene politischen Glaubens ihr Vaterland in gleicher Weise lieben.

Von Vaterlandsliebe soll der nicht sprechen, der aus Wut über die Steuern oder aus Jammer über den verlorenen gesellschaftlichen Glanz politische Stellung nimmt. In einem rechtsradikalen Dementi wurde vom Vaterland gesprochen und gleichzeitig gesagt: „Alle vornehmen Leute sind bei uns!“

Die Monarchie ist nicht das Vaterland. Die Republik ist nicht das Vaterland. Aber der ist nicht sein Vaterland, dem die Staatsform alles und das Volk nichts bedeutet.

Jedes Volk war schon in höchster Not. Verloren aber ist es dann, wenn selbst die Vernünftigen es zulassen, daß der Haß gegen eigene Volksgenossen bis zur Siechheit getrieben wird. Man muß die Wahrheit verkennen, daß die Prediger des Hasses Verbrecher sind.

Das Finanzgesetz über den Staatshaushalt ist dem Landtag zugegangen. Es ist zur sofortigen Erledigung dem Haushaltsausschuß überwiesen worden.

### Genossenschaftsbewegung

#### Leistungen der Volksfürsorge im ersten Halbjahr 1921

Von Januar 1921 bis einschließlich Juni d. J. zahlte die genossenschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge in 746 Sterberückstellungen 358 954 M. aus. An Unfallrückstellungen kamen 18 Fälle mit einer ausgezahlten Versicherungssumme von 31 075 M. zur Erledigung. Der ausgezahlte Sterberückstellungssumme standen an eingezahlten Prämien nur 65 359 Mark und der Unfallrückstellungssumme nur 2032 M. gegenüber, woraus der Vorteil der Versicherten und ihrer Angehörigen sich in einfacher Weise ergibt. Und noch eins ist bemerkenswert: Bei allen vorkapitalistischen Versicherungsgesellschaften besteht die Gefahr, daß die Zahlungseinstellungen durch den Verlust während der ersten drei Jahre die Versicherung verfallen, also die eingezahlten Prämien verloren gehen. Derartige Zahlungseinstellungen können sehr leicht infolge von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Sterbefällen und infolge sonstiger Notfälle eintreten. Die von der organisierten Arbeiterkraft ins Leben gerufene Volksfürsorge zu Hamburg kennt einen solchen Rückfall nicht. Die Versicherungsbedingungen sind bedeutend günstiger, ferner sind die Versicherungssummen höher als bei anderen Gesellschaften. Beim Tode durch Unfall wird die volle Versicherungssumme auch dann gezahlt, wenn nur ein Brä-

uenteil entrichtet ist. Alle erzielten Gewinne fließen den Versicherten zu. Darum sollte sich jeder Gewerkschafter und Genossenschaftler nur bei der Volksfürsorge versichern. In den Verteilungsklassen der Genossenschaften können Prospekte erbeten werden.

### Gemeindepolitik

#### Langenbrücken, 1. Aug. Wenig erbaut wird unser Herr

Bürgermeister und Landtagsabgeordneter Ziegelmeier von einem Artikel seines Reichblattes „Rudolfer Pole“ gewiesen sein, den das Blatt in seiner Nr. 178 brachte. Der Artikel, der mit einem drei struppigen Gebilde einleitete, schildert die Unfähigkeit unsezer Bürgermeisters, wie sie schön und deutlich der scharfe Gegenstand nicht schildern könnte. Andernorts werden Vorträge über die Führung der Landwirtschaft gehalten, aber in der eigenen Gemeinde hat man es noch nicht einmal zu einer Dreifachmaschine gebracht. Die hiesigen Landwirte müssen mit ihrem Getreide in die Nachbarorte fahren, wenn sie es gedroschen haben wollen. Eine Dreifachmaschine hat die Gemeinde allerdings und der Poet im „Boden“ meint, die Spinnen würden drum nisten und die Spinnen ihre Netze spinnen, aber die Dreifachmaschine fehle. Da muss sich der gute Zentrumsbürgermeister einmal eine Dreifachmaschine mit sozialdemokratischer Mehrheit anschauen, da wird er neben anderen gemeinnützigen Dingen auch Einrichtungen zur Förderung der Landwirtschaft finden. Herr Ziegelmeier hat so etwas nicht nötig, gewährt wird er doch — weil die Tummeln nach alle werden. Der Herr, der ihm in seinem Leiborgan verkehrt wird, ist allerdings ein Moskauer. Wir gratulieren!

### Soziale Rundschau

#### Die Pensionierung alter Kammergelehrter

Vom Landesverband badischer Kammergelehrten erhalten wir folgende Zuschrift:

Die „Bad. Kammerzeitung“ veröffentlicht in der Nr. 14 einen Artikel, welcher von Gehilfen nicht unvorbereitet bleiben kann. Der Artikel, betitelt „Die große Säge“, enthält schon im Eingang bewusste Unwahrheiten. Daß die Forderung zur Zurückbeziehung der alten Kammergelehrter schon im Jahre 1908 durch die jetzigen Meister, welche damals noch Gehilfen waren, gestellt wurde, scheint bezeugt zu sein. Es ist auch unangenehm, an so etwas erinnert zu werden. — Damals, ihr Herren Juniors, waren aber die Anstellungsverhältnisse noch nicht so ungünstig wie heute. Wenn also die Forderung schon damals durch Sie gestellt wurde, wie kann diese Forderung jetzt noch außer Acht gelassen kommen?

Die zweite Unwahrheit ist wieder bezeugt durch die niedergeschriebenen in der Behauptung: „Haben die Pensionen in der Geschwindigkeit, mit der sie an die Arbeit gehen mussten, übersehen.“ Dem Artikelsteller muß bekannt sein, daß Zurückbeziehung alter Kammergelehrter bereits in unserm Entwurf zur neuen Kammergelehrtenordnung enthalten war, daß diese Zurückbeziehung alter Kammergelehrter in der Vorrede am 14. Dezember 1920 beim Arbeitsministerium einen wichtigen Punkt bildete. Jetzt soll ein einmal Gutes notwendig sein!

Die Wehregempele können wir durch andere widerlegen, sparen uns aber die Mühe, da hoffentlich das Reich mit Ertragssteuern Licht in die Geldschätze der Meister bringt. Nur eines sei erwähnt: „Ganz nieder gerechnet“, steht der Artikelsteller 15 000 M. für die Lebenshaltung des alten pensionierten Meisters ein. Er rechnet mit zwei Personen! Wie fragen nun, was bezahlt der betr. Meister seinen Gehilfen? — Sicherlich nicht mehr als 10 400 M., wobei der Gehilfe außer dem Lebensunterhalt seiner Familie auch noch weitere Ausgaben für Berufsleiter hat.

Wenn nun das Bad. Arbeitsministerium auf dem Rücktritt alter Kammergelehrter, welche nicht mehr die nötige Nützlichkeit besitzen, besteht, so war unser Gehilfen doch nicht ganz vergebens und die Kammergelehrten für Baden nicht wahrlich einladend, daß der Ausbau der Kammergelehrtenunterstützungstafel zur allgemeinen Pensionstafel erfolgen muß.

Unsere Forderung auf Rücktritt alter unfähiger Meister hat ihre Berechtigung — wenn auch ein alter Mann sich nicht praktisch als Kammergelehrter betätigen soll, so muß er jedoch diejenige Körperkraft besitzen, gewisse Arbeiten wie Unterrichten von neuerebauten Kammergelehrten selbst ausführen zu können. Ein Meister, der am Arm der Tochter zur Bouillotte geführt werden muß, um diese Arbeit auszuführen, wie es in der Tat der Fall war, kann unmöglich hierbei seine Pflicht erfüllen. Bei einem Gemeinwesen, das die freie Konkurrenz zulässt, regelt sich die Nachfrage im Geschäft von selbst. Dieses ist aber bei dem Kammergelehrten unmöglich. Nur die Kammergelehrten können sich erlauben, ihren Lebensabend auf Kosten der alten Gehilfen zu verbringen, indem sie denselben ihre Arbeit aufgeben, den Nutzen dieser Arbeit jedoch für sich beanspruchen.

### Manon Lescaut

Roman von A. F. Prévost (Fortsetzung.)

Das sind sehr unbedeutende Leistungen, Herr Lescaut, sagte ich. Mein Unglück fordert schnellere Abhilfe, und — was soll ich Manon sagen? — Was Manon betrifft, erwiderte er, so weiß ich nicht, worüber Sie sich Sorgen machen. Haben Sie in ihr nicht eine Hilfsquelle, die all Ihren Sorgen ein Ende macht, sobald Sie wollen? Ein Mädchen, wie Manon, mühte sich alle glänzend erhalten. Er schritt mir die Antwort ab, die seine Unerschämtheit verdient hätte, und versprach mir, wir sollten noch am selben Abend tausend Taler unter uns zu teilen haben, wenn ich seinem Rate folgen wollte; er leime einen im Kapitel seiner Vergnügungen so ungemein freigebigen Cavalier, daß er gewiß tausend Taler gern gäbe, um die Gunst eines solchen Mädchens, wie Manon, zu gewinnen.

Ich unterbrach ihn. Ich hätte eine bessere Meinung von Ihnen, antwortete ich ihm, und hielt die Beweggründe Ihrer Freundschaftsaussagen für viel reiner. Da gestand er mir frech, er sei stets solcher Ansicht gewesen, und da seine Schwester schon einen Fehltritt beging, allerdings um des Mannes willen, den sie innig liebt, so habe er sich nur in der Hoffnung mit ihr ausgesöhnt, Nutzen aus ihrem freien Lebenswandel ziehen zu können.

Nun machte er mir den Vorschlag, meine Jugend und meine vortheilhafte Erscheinung auszubenten, indem ich mit irgendeiner freigebigen alten Dame ein Verhältnis anknüpfte. Auch dieser Ausweg, der mich Manon untreu gemacht hätte, war nicht nach meinem Geschmack.

Ich nannte jetzt das Spiel als das in meiner Lage leichteste und angemessenste Hilfsmittel. Er stimmte mir bei, doch gab es dabei mancherlei zu erwägen. Das Spielen bloß mit den notwendigen Ausgaben auf Glück zu ergreifen, hieße mich völlig zu Grunde richten; allein und ohne einen Partner zu jenen kleinen Kunstgriffen Zuflucht zu nehmen, die ein gewandter Mensch anwendet, um dem Glück nachzuhelfen, sei ein gefährliches

Ding; doch gäbe es einen dritten Weg: den der Affogation. Er fürchte aber, die betreffenden Verbindungen würden mich, meiner großen Jugend wegen, für die Aufnahme in ihre Gesellschaft nicht geeignet halten. Trotzdem versprach er, sich bei ihnen für mich zu verwenden, und bot mir — was ich von ihm nicht erwartete — sogar etwas Geld an, wenn ich in Verlegenheit geriete. Die einzige Gunst, um welche ich ihn unter diesen Umständen bat, war, Manon nichts von meinem Verluste und von unserer Unterredung zu sagen.

Ich verließ ihn noch unruhiger als ich ihn aufsucht, ja, ich bereute es, ihm mein Geheimnis anvertraut zu haben; hatte er doch nichts für mich getan, was ohne dieses Geheimnis nicht ebenfalls zu erreichen gewesen wäre, und ich war in Todesangst, er würde sein Versprechen, dies alles von Manon geheimzuhalten, bald brechen. Seine unumwunden ausgesprochenen Anklagen ließen mich sogar befürchten, er würde sich bemühen, Manons Schönheit nach seinem Guldünken auszubeuten, indem er sie meinen Händen entziehe oder ihr doch riet, mich aufzugeben um einen reicheren, glücklicheren Liebhaber zu folgen. Solche Ideen quälten mich unablässig und riefen die ganze Verzweiflung wach, die ich am Morgen schon empfunden hatte. Es trieb mich mehrmals, meinem Vater zu schreiben, eine Botschaft vorzugeben, um einige Geldmittel von ihm zu erlangen; doch dachte ich daran, daß er mich trotz seiner Herzengüte, schon einmal meines ersten Fehltrittes wegen sechs Monate lang in strenger Haft gehalten hatte; jetzt, nach dem Aufsehen, das meine Flucht aus Saint-Sulpice erregt haben mußte, konnte ich eine viel härtere Behandlung erwarten.

Aus diesem Chaos von Ideen löste sich endlich eine Los, die meinem Geiste sofort seine Ruhe wiedergab. Ich wunderte mich nur, nicht sofort darauf verfallen zu sein. Es war die, mich an meinen Freund Liberge zu wenden, bei dem ich die alte Freundin, Tschai und Anspornung sicher wiederfinden würde. Nichts ist merkwürdiger und macht der Jugend mehr Ehre, als das Vertrauen, mit dem man sich an Personen wendet, deren Rechenschaftspflicht feststeht. Man fühlt, sicher vor jeder Gefahr zu sein; sind sie auch nicht immer imstande, uns Hilfe zu leisten, so ist man doch immer sicher, Güte und Teilnahme bei ihnen zu finden. Unser der ganzen übrigen Welt streng verschlossenes Herz öffnet sich ihnen gegenüber wie selbstverständlich, so wie die Blume sich dem Sonnenlicht erschließt, auf dessen Lebenskraft sie vertritt.

Ich hielt es für Wirkung göttlicher Eingebung, daß in dieser Not die Erinnerung an Liberge in mir erwachte, und beschloß alles aufzubieten, um ihn noch im Verlaufe des Tages

zu sehen. Zu diesem Zwecke lehrte ich sogleich in unsere Wohnung zurück, um ihm zu schreiben und einen geeigneten Ort zu unserer Zusammenkunft zu bezeichnen. Ich erbat mir seine Verschwiegenheit als wichtigsten Dienst, den er mir in meiner jetzigen Lage erweisen könne.

Die Hoffnung, ihn zu sehen, erfüllte mich mit einer Freude, welche die letzten Spuren von Trauer aus meinen Äugern verbannte. Manon blieb also ohne Unglück; ich sprach ihr von unserem Unglück zu Chaillot als von einer Kleinigkeit, um bereutwillen sie sich nicht zu beunruhigen brauche; und da Paris jener Ort der Welt war, wo sie sich am liebsten sah, so hörte sie mit Vergnügen, daß es jetzt angezeigt sei, daszubeißen, bis der von dem Drame verursachte Schaden in Chaillot ausgebeßert sei.

Liberges Antwort kam schon in einer Stunde und teilte mir mit, er würde mich an dem bezeichneten Orte erwarten. Voll Ungeduld eilte ich hin. Aber ich schämte mich doch einigermaßen, vor einem Freund hinzutreten, dessen Anblick schon als ein Vorwurf meines Lebenswandels gelten mußte; doch die hohe Meinung, die ich von seiner Herzengüte hatte, und Manons Interesse hielten meinen Mut aufrecht.

Ich hatte ihn gebeten, sich in dem Garten des Palais Royal einzufinden. Er war schon vor mir dort. Kaum erklärte er mir, als er mir entgegenkam, um mich zu umarmen, wobei ich Tränen auf seinem Antlitz fühlte. Ich teilte ihm mit, daß es mich beschäme, mich in solcher Lage vor ihm zu sehen, und ließ empfinden, wie undankbar ich gewesen; vor allem beschwöre ich ihm, mir zu sagen, ob ich ihn, nach allem, was ich getan, um seine Liebe und Achtung zu verdienen, noch als meinen Freund betrachten dürfe. Er antwortete in liebevollem Tone, daß nichts in seinem Sinne, ihn auf diesen Freundschaftsrittel bezichtigen zu lassen; sogar mein Unglück und, wenn er es sagen dürfe, meine Fehler und Sünden hätten seine Zärtlichkeit für mich nur verdoppelt; doch sei diese Zärtlichkeit mit tiefer Trauer vermengt — mit der Trauer, die man um eine geliebte Person empfindet, die man ihrem Untergange entgegengehen sieht, ohne sie retten zu können.

Wir setzten uns auf eine Bank. Ach, sagte ich, aus hohlem Herzen sendend, dein Mitleid muß außerordentlich sein, wenn es meinen Leiden gleichkommt! Ich schäme mich, sie dir zu offenbaren, da ihre Veranlassung, wie ich gesehen muß, keine ruhmvoll ist; aber ihre Wirkung ist eine so unseelige, daß es nicht deiner großen Liebe für mich bedarf, um mir Teilnahme zu senden.

(Fortsetzung folgt.)

# Kulturdebatten und Schulanträge im badischen Landtag

gr. Karlsruhe, 2. August.

Der Badische Landtag befaßte sich heute in zwei Sitzungen mit dem Unterrichtsetat, den er zum Schluß der Nachmittags-Sitzung einstimmig genehmigte, nachdem die endlosen Redegarnituren ihrer Schwestern losgehoben waren. Beachtenswert sind die Abstimmungen über die Schulanträge, die die Unterlage für die Reden gaben. Die Stellung der Sozialdemokratie wurde durch die Abgg. Genossen Dr. Kraus und Großhans präzisiert, die in entschiedener Weise für die Gewissensfreiheit eintraten und sich bemühten, die Debatte in den Rahmen fortschrittlicher Kulturauffassungen zu bringen.

## 55. Öffentliche Sitzung

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 8.40 Uhr. Auf die kurzen Anfragen des Abg. Dr. Efer (Dem.) und Abg. Dr. Königberger (Soz.), wie weit noch geheime Aufzeichnungen (Personalakten) über Beamte geführt werden, wird von der Regierung schriftlich mitgeteilt, daß Aufzeichnungen nur gemacht werden dürfen, wenn sich der Beamte dazu geäußert hat. Es ist demnach verboten, geheime Aufzeichnungen zu machen. Die Personalakten sind an den Bezugsstellen bereits vernichtet. In den Ministerien ist dies aus Zeitmangel noch nicht möglich erledigt. Doch wird auch hier die Bereinigung baldig erfolgen.

## Einzelberatung des Unterrichtsetats

Abg. Großhans (Soz.) tritt für den sozialdemokratischen Antrag ein, die Mittel für die Jugendpflege von 25 000 auf 50 000 M zu erhöhen und weist auf die guten Erfahrungen des städtischen Turnvereins hin. Hier sollte noch viel mehr getan werden. Auswüchse, wie daß junge Leute am Sonntag den Lohn des Vaters verpielen, müssen bekämpft werden. Eine richtige Turnstätte mit guter Leistung wird dagegen jedermann betriebligen. Durch den Wandersport wird die Heimatpflege gefördert.

Abg. Schell (Ztr.) wendet sich gegen die Auswüchse des Sports und wünscht einen gemeinsamen Beschluß gegen die Auswüchse des Sports.

Abg. Marschloff (Soz.) wendet sich gegen die Entlassung einer Wärterin in Freiburg, die über 4 Jahre in der psychiatrischen Klinik beschäftigt war und dann, weil sie eine Entbindung hatte, entlassen wurde. Dies darf kein Grund zur Entlassung sein. Aufklärung sollte darüber gegeben werden, warum ein Tarifvertrag von der Universität Freiburg abgelehnt wurde.

Abg. Schell (Ztr.) meint, daß man Pflegerinnen in dem gefährlichen Zustande nicht wie andere Pflegerinnen behandeln kann.

Ministerialrat Schwörer erklärt, daß sich die betreffende Pflegerin bis auf die Tatsache, daß sie in andere Umstände kam gut geführt hat. Sie wurde entlassen, weil sie ihren Zustand bis zur Niederkunft durch entsprechende Kleidung verbarg. Dieses Verbergen ist nicht angängig. Wir haben ihr daher mit weinmattlicher Freistellung geantwortet. Ihrer Verwendung an einer Anstalt außerhalb Freiburgs steht nichts entgegen. Was den Tarifvertrag der Freiburger Pfleger betrifft, so ist es uns nicht möglich, diese von einem Beamtenverhältnis in ein Tarifverhältnis zu setzen. Denn das Beamtenverhältnis ist für uns günstiger und ist auch stabiler. Auch die Pfleger fahren mit dem Beamtenverhältnis besser.

Abg. D. Mayer-Karlstraße (D.M.) findet den Standpunkt der Regierung gegenüber der Freiburger Pflegerin als zu weitgehend.

Abg. Marschloff (Soz.) wendet sich gegen die Auffassungen von Schell und D. Mayer in der Freiburger Sache. Man kann heute eine uneheliche Mutter nicht mehr in Ächt und Verruf tun. Es heißt schon in der Bibel: Wer ohne Sünde, der werfe den ersten Stein auf sie! Ich kann die Entlassung der Pflegerin nicht billigen.

Abg. Frau Rigel (Ztr.) erklärt, daß die Ehe geschickt werden mußte. Das uneheliche Verhältnis kann deshalb nicht in gleicher Weise geschickt werden. Jeder Verkehr außerhalb der Ehe ist nicht ehelich.

Abg. D. Mayer-Karlstraße (D.M.) meint, daß jetzt eine Debatte über die freie Liebe entstanden sei. Man will heute die Beschäftigung im Urteil überwinden lernen; denn diese Demokratie neigt sich ihrem Ende zu. Ich erinnere an das Schicksal der Tochter von Karl Marx.

Abg. Frau Schell (Dem.) erklärt, die betreffende Pflegerin hätte früher der Direktion Mitteilung machen müssen. Wir wollen die uneheliche Mutter nicht auf die Straße setzen. Es werden heute sehr viele Privatpflegerinnen verlangt, sobald die Pflegerin wieder Unterkommen bekommt. Die Auffassung der Kollegin Rigel ist keine Engstirnigkeit.

Abg. Schell (Dem.) meint gegenüber dem Abg. Marschloff, daß eine Bevölkerungsvermehrung auf diese Weise nicht möglich ist. Der gleiche Schicksal von ehelichen und unehelichen Müttern zerstört das Familienleben. Es treten viele angeblich aus idealen Gründen für die freie Liebe auf, die es aus höchst persönlichen Gründen tun.

Abg. Marschloff (Soz.): Hier kommen ganz andere Kreise als Arbeiterkreise in Frage.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.) weist es zurück, daß die Sozialdemokratie der freien Liebe das Wort reden wolle. Aber wir können die Benachteiligung der unehelichen Mutter nicht dulden. Wenn man uneheliche Mütter aus dem Staatsdienst entfernt, dann muß man auch den Vater entfernen. Es ist ungerade den Stein nach der unehelichen Mutter zu werfen. Denn man trifft damit auch das uneheliche Kind. Wir müssen die ganze Moral zu heben suchen.

Abg. Kraus (Soz.) erklärt, daß der Abg. D. Mayer-Karlstraße das Thema verschoben habe. Es handelte sich hier nicht um freie Liebe, sondern um einen speziellen Fall einer Wärterin, die aus einem festen Verhältnis entbunden hatte und aus materiellen Gründen noch nicht heiraten konnte. Die heutigen Verhältnisse machen das Heiraten fast unmöglich und zwingen den Brautstand hinaus, weil die Einrichtung zu teuer ist. Es sind also die materiellen Verhältnisse an der jetzigen Entscheidung schuld. Im Reichstag wurde unter Mitwirkung des Bundesrats die Gleichstellung der unehelichen und der ehelichen Mutter in vieler Hinsicht erreicht. Die Haltung des Abg. Schell ist daher unbegründet. Der § 218 des St.G.B. ist ein Privileg für die besitzenden Klassen. Abg. D. Mayer erinnere an das Schicksal der Tochter von Karl Marx. Ich meine der Abg. D. Mayer-Karlstraße hätte genug davon zu tun, wenn er die Ergebnisse der Gegenseite betrachtet.

Unterrichtminister Dummel erklärt, daß für die Regierung maßgebend sei, daß der Direktor der psychiatrischen Klinik mitteilte, daß er der betreffenden Pflegerin kein Vertrauen mehr haben könne, weil sie ihren Zustand verbarg. Wenn für die Wärterin sonst etwas getan werden kann, so werden wir es tun.

Abg. Baumgärtner (Ztr.) betont, daß eine absolute Gleichstellung von ehelicher und unehelicher Gemeinschaft aus moralischen Gründen niemals erfolgen könne.

Abg. D. Mayer-Karlstraße (D.M.) erklärt, daß Fälle wie der Freiburger von Fall zu Fall behandelt werden müssen.

Abg. Dr. Kopf (Ztr.) tritt für seinen Antrag ein, den Zuschuß zum Betrieb des klinischen Krankenhauses in Freiburg von 500 000 M auf 1 500 000 M zu erhöhen.

Unterrichtminister Dummel ist bereit, im nächsten Voranschlag im gewünschten Sinne vorzugehen.

Abg. Marschloff (Soz.) kritisiert, daß der Abschluß eines Tarifvertrages in den Kliniken abgelehnt wurde.

Ministerialdirektor Schwörer erklärt, daß am Abschluß des Vertrages in den Kliniken in erster Linie die Stadt Freiburg beteiligt sei. Die Stadt Freiburg lehnte jedoch den Tarifvertrag ab, da sie meinte, die derzeitige Behandlung des Personals ist eine ausreichende. Wenn angemessene Vorschläge gemacht werden, wird die Regierung gerne einen Tarifvertrag machen.

## Schulanträge

Es folgen zunächst die Ausschüsse der Abg. Ködel (Ztr.), Kraus (Soz.), Strobel (Soz.), Karl (D.M.) und Wiebemann (Ztr.), über die wir bereits an Hand der Ausschüsseberichte berichteten.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) hält es für eine Gefahr, aus Staatsmitteln ein Bildungsproletariat aufzuziehen. Von einer allgemeinen Kernmittelfreiheit sind wir abgekommen, da es nicht angängig ist, denen, die sie zahlen können, die Kernmittel zu zahlen. Deshalb ist die Durchführung der Kernmittelfreiheit bei Schaffung des neuen Schulgesetzes zu prüfen. Unser Antrag bezüglich Einführung des Religionsunterrichts in den Fachschulen wird im Plenum vernünftig wie im Ausschuß abgelehnt. Ich möchte daran erinnern, daß 1914 Abg. Red. der damals noch der nationalliberalen Fraktion angehörte, als erster im Laufe für den Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen eintrat. Wir sind der Meinung, die Konsequenz unserer Schulgesetzgebung verlangt auch für die Fachschulen obligatorischen Religionsunterricht, nicht nur fakultativen, wie der Antrag Dr. Schöfer will. Es sollten nicht nur technische Kenntnisse gegeben werden; die Erziehung und damit die Religion und der Glaube muß in den Vordergrund gestellt werden. Daß die Sozialdemokratie gegen den Antrag ist, ist selbstverständlich. Anders ist es bei den Demokraten. Die Sicherstellung der Rechte der Gemeinden gegenüber den Lehrern, die den Religionsunterricht verweigern, ist nötig. Auch den gläubigen Gemeinden muß ein Schutz gegeben werden. Mit der Annahme des sozialdemokratischen Antrages ist die Frage nicht gelöst, wenn auch damit für den Religionsunterricht durchbrochen werden, wenn die Lehrer keinen Religionsunterricht erteilen. Wenn der Zustand unerträglich wird, dann wird das gläubige Volk die konfessionelle Schule verlangen. Es handelt sich hier um eine wichtige Frage. Der sozialdemokratische Führer Dr. Dieck hat geschrieben, daß 95 Prozent des Volkes auf religiösem Boden steht. Deshalb muß man für den Religionsunterricht sorgen. Es muß sich ein Weg finden lassen für den Frieden der Schule.

Abg. Dr. Halbermann (Dem.) weist auf die Notwendigkeit hin, die Qualität unserer Bildung zu heben. Ich vermute Schöpfheim nicht, daß es in dem Schulstreit gegenüber Vorrang Sieger blieb. Dem Antrag auf Unterrichts- und Kernmittelfreiheit stimmen wir zu. Die Fragen des Religionsunterrichts sollten mit dem kommenden Schulgesetz geregelt werden. Wir lehnen deshalb den Antrag Dr. Schöfer ab. Den Antrag Dr. Kraus halten wir eigentlich für überflüssig. Die Frage des Religionsunterrichts in den Fachschulen ist durch Reichsgesetz zu regeln. Man kann den Fachschulen nicht ohne weiteres einen Religionsunterricht anlassen. Bei der Reform der Fachschulen soll die Frage des Religionsunterrichts entschieden werden. Ich persönlich bin für die Erteilung des Religionsunterrichts in den Fachschulen. Doch haben viele Kreise gegen einen zwangsmäßigen Religionsunterricht in den Fachschulen Bedenken. Hierdurch kann die Wirkung des Religionsunterrichts gefährdet werden. Da das Reichsgesetz schon mit 14 Jahren ein Austrittsrecht aus der Kirche schafft, ist die Gefahr vorhanden, daß die Befürworter der Fachschulen aus der Kirche austreten, wenn der zwangsmäßige Religionsunterricht in den Fachschulen eingeführt wird. Wir können auch keinen Wechsel für den nächsten Landtag ausstellen.

Um 1.15 verlagert sich das Haus auf nachmittags 3.30 Uhr.

## (Nachmittags-Sitzung)

### Abg. Dr. Kraus (Soz.):

Eigentlich wäre eine Schuldebatte nach den Ergebnissen des Ausschusses nicht nötig gewesen. Nachdem jedoch das Zentrum seine Anträge nochmals einbrachte, muß man sich damit beschäftigen. Was mir nicht recht behagte, ist, daß der Ausschuß nur wenig Sitzungen hatte und es dann immer rasch ging. Ich wünsche, daß der Ausschuß des kommenden Landtags sich etwas gründlicher mit den Dingen befaßt. Es hat keinen Wert, im Ausschuß angedeutete Dinge, wie den Schulwunsch mit dem Gymnasium in Waldshut ins Plenum nochmals einzubringen. Wo kommt man mit dieser Methode hin? Die Gefahr des Bildungsproletariats ist heute unabweisbar. Die Studierenden wissen nicht, wie sie mit ihren Mitteln weiter kommen sollen und welche Verufe sie angeht. Der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse ergeben sollen. Der Drang nach der Hochschule und den Gymnasien zeigt, wie sehr noch die Bildungsmittel der Volksschule und Fachschulen hinter den höheren Schulen zurückstehen. Statt neue höhere Schulen zu errichten, sollten

die Volksschulen und Fachschulen ausgebaut werden. Wir stellen uns daher auf den Standpunkt des Ausschusses bei der diesjährigen Abstimmung. Die Auslegung des Artikels der Verfassung über die Lehr- und Kernmittelfreiheit wird umstritten. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß da, wo es einhergehen geht, für die Kernmittelfreiheit

Sorge getragen werden muß. Mit dem Schlußwort, daß wir kein Geld haben, lassen sich diese Fragen nicht erledigen. Wenn man heftig welche Spekulation, deutsche Schicksale mit unseren Dingen treiben, die ihnen das Reich wieder abtaufen muß, dann muß man sich sagen, daß auch Mittel für die wichtigsten Kulturwerke da sein müssen. (Zwischenruf des Abg. Wager (D.M.).)

Abg. Dr. Kraus fortfahrend: Ich glaube, Herr Abg. Wager, Sie verstehen die Dinge so gut als ich. (Zwischenruf: Besser!) Heute schon beginnt wieder der Kampf der Weisenden gegen eine steuerliche Belastung. Wir wollen nicht, daß durch den Zentrumsantrag zum Fortbildungsschulgesetz der Sammelgeist der Gemeinden Vorstoß geleistet wird. Denn wir haben gesehen, daß viele Gemeinden es fertig brachten, die Vorbereitung zur Durchführung dieses Gesetzes sehr weit zu erledigen. Es liegt für uns kein Grund vor, den anderen Gemeinden zu ihrer Sammelgeist zu helfen. Bezüglich des Religionsunterrichts in den Fachschulen halten wir am Ausschlußbeschuß fest. Wir sind

gegen den obligatorischen Religionsunterricht in den Fachschulen, wenn er nicht durch den Staat sichergestellt ist. Wir halten ihn auch technisch für schwer durchführbar, haben jedoch nichts gegen Verlegungen über kulturell-religiöse Beziehungen. Die Unternehmer sind heute schon — ohne Religionsunterricht — Geaner des Fortbildungsunterrichts, wie ein Fall bei der

Firma Schott in Kirchheim beweist, der erklärte, ich brauche Arbeiter, die 8 Stunden schaffen und keine, die 2 Stunden (in denen sie in die Schule gehen) nicht arbeiten. Bezüglich der Frage der Verfehrbarkeit des Lehrers auf Gemeinbeantrag, falls der Lehrer die Erteilung des Religionsunterrichts ablehnt, ist unsere Stellung mit unserem Antrag gegeben. Auch kann man diese Frage nicht aus dem Zusammenhang des kommenden Schulgesetzes herausreißen. Unser Antrag, die Schwierigkeiten zu ebnet, wenn ein Lehrer keinen Religionsunterricht erteilt, formuliert durch Weisung der Wege unsere Stellungnahme präzis und klar. Die Lehrerschaft selbst, mit denen ich mehrere Konferenzen hatte, stellte sich auf den Boden unseres Antrages. Der neuen Verfassung müssen alle Bestimmungen angepaßt werden. Der Kernpunkt unserer

Simultanschule

liegt darin, daß der Religionsunterricht obligatorisch ist. Auf der einen Seite haben wir den obligatorischen Religionsunterricht, auf der anderen Seite die fakultativen Bestimmungen der Verfassung. Darin liegt ein Widerspruch. Unser Antrag versucht nun die Gegensätze zu überbrücken. Denn wir halten an der Simultanschule fest. Ich freue mich, daß das Zentrum im Ausschuß für diesen Antrag war. Unverständlich ist mir aber die Gegenrichtung der Demokraten gegen den Antrag. Wir verlangen den Schutz der Gewissensfreiheit, wozu unser Antrag ein geeignetes Mittel ist.

Abg. Karl (D.M.) meint, daß weniger ein Drang nach allgemeiner Bildung als nach der Staatskrippe den Versuch der höheren Schule bewirke. Die Stellungnahme aller Parteien zur Religion ist erfreulich. Wir stimmen für die raschere Durchführung des Fortbildungsschulgesetzes, da hierdurch die Jugend die fehlende Disziplin bekommt. (Abg. Gerstle (D.M.)) Ich aber nicht. Zwischenruf der Sozialdemokraten: Da fehlt anscheinend auch die Disziplin. Ein Lehrer muß sich in die Erteilung des Religionsunterrichts finden. Das ist kein Gewissenszwang.

Unterrichtminister Dummel:

Ueber die Durchführung des Fortbildungsschulgesetzes haben wir Erhebungen machen lassen. Dem nächsten Landtag werden wir diese mitteilen können. Dann wird sich zeigen, ob sich die Bestimmungen bis 1. April 1922 durchführen lassen. Wenn an einzelnen Orten sich Bestimmungen dann nicht durchführen lassen, dann wird man durch Verordnung einen Weg finden. Die Frage des Religionsunterrichts in den Fachschulen wird bei Schaffung eines reichsgesetzlichen Schulgesetzes entschieden. Wenn man den Religionsunterricht für die Fortbildungsschule aufgibt, dann muß man ihn auch für die Gewerbe- und Fachschulen abgeben. Doch steht der Religionsunterricht der Art der Fachschulen entgegen. Auch ist die Art des Schulumaterials in den Fachschulen, das materiell viel selbständiger ist, bei der Frage des Religionsunterrichts zu berücksichtigen. Durch die vorliegenden Anträge werden die Schwierigkeiten nicht beseitigt, wenn ein Lehrer sich weigert, den Religionsunterricht zu erteilen. Der Antrag des Ausschusses entspricht der bisherigen Praxis des Unterrichtsministeriums. Seine Annahme würde aber im kommenden Schulgesetz neue Wege (Abg. Dr. Kraus: Welche Wege?) veranlassen. Der Antrag Dr. Schöfer beseitigt die Schwierigkeiten allerdings noch weniger; ja, er vermehrt sie. Wir müssen den Lehrern den verfassungsmäßigen Schutz der Gewissensfreiheit gewähren. (Sehr richtig! links.) Wir können einen Lehrer daher nicht disziplinieren, wenn er sich aus Gewissensgründen weigert, Religionsunterricht zu erteilen. Dem Unterrichtsministerium wäre es eine große Erleichterung, wenn es immer eine größere Anzahl Lehrstellen vorrätig hätte, deren Besetzung ihm allein zusteht. Es gibt Fälle, wo das öffentliche Besetzungsrecht durchbrochen werden muß. Bei der Erweiterung höherer Lehranstalten muß die Regierung mit einer gewissen Zurückhaltung vorgehen. Die nötige Kernmittelfreiheit würde 13 Millionen erfordern. Es sind hier finanzielle Schwierigkeiten vorhanden. Es besteht ein Gegensatz darüber, ob die Kernmittel von den Gemeinden, von den Ländern oder vom Reich zu finanzieren sind. Angesichts der steuerlichen Lasten ist der Versuch, die Kernmittelfreiheit völlig durchzuführen, heute ausichtslos. Dagegen sind wir bereit, nochmals mit einem Erlaß an die Gemeinden heranzutreten, Mittel für Kernmittel einzusehen. Man kann heute ebenso wenig von einer Kontinuität des Parlaments wie von einer Kontinuität der Regierung reden. Es hat deshalb staatsrechtliche keinen Sinn, heute über kommende Dinge zu beschließen. Denn das neue Parlament und die neue Regierung haben das zu erörtern, was kommen wird.

Abg. Frau Niels (Ztr.) äußert sich über die Verfehrbarkeit des Lehrers. Zum Volksschullehrer gehört der Religionsunterricht. Wenn ein Lehrer nicht mehr das Vertrauen der Gemeinde hat, so ist es gut, wenn er verfehrt wird.

Abg. Gerstle (Ztr.) weist als Handwerker auf die Notwendigkeit der Gewerbebeschule hin. Es gibt Handwerksmeister, die sich gegen den Religionsunterricht in der Gewerbebeschule aussprechen. Ich bin jedoch für den Religionsunterricht in der Gewerbebeschule, vorausgesetzt, daß sich der Zeitaufwand in mäßigen Bahnen bewegt. (Geister!) Wir haben heute den 12. Augusttag. Zu meiner Zeit hatten wir den 12. Augusttag und am Sonntag die Gewerbebeschule dazu. Die jungen Leute haben heute viel Zeit. Da muß ihnen der Religionsunterricht den Weg weisen.

Abg. Ubrig (Dem.): Der junge Mann der Fortbildungsschule hat bereits einen langjährigen Religionsunterricht hinter sich. Darauf ist auch hinzuweisen. Außerdem hat er noch den Gottesdienst seiner Religion und die Christenlehre. Wenn die jungen Leute ungerne in die Christenlehre gehen, muß dies immer an der Jugend liegen? Kann es nicht an dem Geistlichen liegen? Wenn man immer eine Stütze braucht, dann kann man schließlich den Menschen bis an ihr seltsames Ende Religionsunterricht geben. Der Fehler liegt darin, daß man den Religionsunterricht in die Fortbildungsschulen brachte. Durch den zwangsmäßigen Religionsunterricht bei 16-18jährigen Gewerbebeschülern wird nichts gutes geschaffen. Gegen eine abgemessene Zurücksetzung von Lehrern, die von ihrem verfassungsmäßigen Recht, aus Gewissensgründen keinen Religionsunterricht zu erteilen, Gebrauch machen, muß ich schärfstens protestieren.

Abg. Gerstle (Dem.) äußert sich zum Ausbau der Schöpfheimer Realschule.

Abg. Großhans (Soz.): Wenn der Zentrumsantrag bezüglich der Lehrer angenommen würde, so wäre dies kein schönes Ende des Landtages. (Choi im Zentrum.) Denn durch diesen Antrag würden die Lehrer außerhalb der Verfassung gestellt. Mit solchen

Anträgen gegen die Gewissensfreiheit

wird die Verfassung sabotiert. Wenn die Verfassung festliegt, daß der Lehrer aus Gewissensgründen von der Erteilung des Religionsunterrichts absehen kann, so darf man ihn nicht wirtschaftlich schädigen, wenn er die Erteilung ablehnt. Ein Lehrer, der keinen Religionsunterricht erteilt, kann sich sehr wohl in den Realklassen die Herzen der Kinder erobert. Wer erregt denn die Eltern, daß sie zu einer aggressiven Haltung gegenüber den Lehrern kommen? Wie wäre es, wenn die Freiheit

güßen mit den gleichen Argumenten arbeiten würden, wie das Zentrum? Die Dinge können nicht geändert werden, indem man den Lehrern die verfassungsmäßigen Rechte nimmt. Den Freireligiösen werden nicht die gleichen Rechte wie den anderen Religionen gewährt; dies beweist die Ablehnung der Forderung der Freireligiösen Gemeinde in Konstanz um einen Sitz im Schulausschuß der Gemeinde Konstanz. Was der Abg. Jürg Vogel über das Religionsunterrichts in der Gewerbeschule sagte, ist richtig. Wir unterschätzen die ethischen Werte des Christentums nicht. Aber eine Ueberfälligkeit ist nur scheinbar. Dies gilt insbesondere für die jungen Leute. Durch Zwang verdirbt man nur den Appetit. Den Antrag Waldhut halte ich für berechtigt, doch wurde der Ausschuß von dem Gedanken geleitet, daß die Mittel hierfür nicht da sind. Die Fachtarife für die Buchdrucker wären besser besucht worden, wenn die Unterrichtszeit zweijähriger gelegt worden wäre. Wenn die Verteilung auch eine schwache war, so sollte die Sache doch nicht ans dem Auge gelassen werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Es folgen die Schlußworte der Berichterstatter und persönliche Bemerkungen.

Vom Zentrum liegt ein Antrag vor: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß gemäß Artikel 149 Abs. 3 der Reichsverfassung Religionsunterricht nicht bloß in den Fortbildungsschulen, sondern auch in den ihnen gleichwertigen Gewerbeschulen, Handelsschulen und sonstigen Fachschulen erteilt wird.

Der Antrag wird gegen 31 Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen abgelehnt.

Es liegt ein Eventualantrag des Zentrums vor: Erfolgt die reichsrechtliche Regelung innerhalb eines Jahres, so hat die Landesgesetzgebung im Sinne des obligatorischen Religionsunterrichts zu erfolgen.

Der Antrag wird gegen 31 Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen abgelehnt.

Von dem Abg. Gohsheim (Dem.) u. Gen. liegt folgender Antrag vor: Der Religionsunterricht ist an sich seiner bestehenden reichsrechtlichen Regelung und dadurch bedingten landesgesetzlichen Neuordnung in der Richtung eines allgemeinbildenden, erzieherischen Unterrichts entsprechend demjenigen der allgemeinen Fortbildungsschule umzugestalten. Hierbei ist auch die Aufnahme von Religionsunterricht (bzw. Weltanschauungsunterricht) in den Lehrplan in Berücksichtigung zu ziehen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Vom Abg. Gohsheim (Dem.) liegt folgender Antrag vor: Erfolgt die reichsrechtliche Regelung nicht binnen Jahresfrist, so ist die fakultative Erteilung von Religionsunterricht durch den Staat in die Wege zu leiten.

Der Antrag wird gegen 30 Stimmen des Zentrums und der Abg. Frau Schloß (Dem.) und Gohsheim (Dem.) abgelehnt.

Vom Zentrum liegt ein Antrag vor: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der bevorstehenden Neuordnung des Schulgesetzes folgenden Zusatz beizufügen: „Wenn an einer Schule infolge Austritts eines Lehrers aus einer Religionsgemeinschaft, in der er bisher Religionsunterricht erteilte, oder infolge seiner Erkrankung, der Religionsunterricht fürberhin nicht mehr geben zu können, die Erteilung des Religionsunterrichts in Lehrplanmäßigen Umfang ersichert wird, so ist der betr. Lehrer auf Antrag der Ortsaufsichtsbehörde zu versehen.“

Der Antrag wird gegen 31 Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen abgelehnt.

Es liegt folgender Antrag der Abg. Dr. Kraus (Soz.) u. Gen. vor: § 41 des badiischen Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 ist im kommenden Schulgesetz zu ergänzen: „Vergelt die Erteilung des Religionsunterrichts nieder, so ist die Lehrplanmäßige Durchführung des Religionsunterrichts zu gewährleisten a) durch Auflegung besonders zu vergüteter Unterrichtsstunden an einen bekenntnisangehörigen Lehrer derselben Schule, b) durch Auflegung besonders zu vergüteter Unterrichtsstunden an einen bekenntnisangehörigen Lehrer einer benachbarten Schule, c) wenn die beiden angeführten Möglichkeiten nicht gangbar sind, durch Erteilung des Religionsunterrichts seitens der bekenntnisangehörigen Geistlichkeit.“

Der Antrag wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Demokraten angenommen.

Vom Abg. Gohsheim (Dem.) liegt folgender Antrag vor: „Der Antrag des Abg. Dr. Schofer u. Gen. wird dem Unterrichtsministerium zur Kenntnisnahme und Bewertung bei der allgemeinen Revision des Schulgesetzes überwiesen, wobei auch größere Möglichkeiten der Vertiefung der Lehrer für die Unterrichtsverwaltung zu schaffen sind. Bis dahin wird das Unterrichtsministerium wie bisher auch den berechtigten Interessen der Gemeinden Rechnung zu tragen haben.“

Der Antrag wird mit den Stimmen des Zentrums, der Deutschnationalen und einem Teil der Demokraten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einem Teil der Demokraten angenommen.

## Theater, Kunst und Wissenschaft

### Tagung deutscher Volkshochschulen

Als etwas völlig Neues im deutschen Bildungswesen sind seit der Revolution die Volkshochschulen auf den Plan getreten. Manche ältere Veranstaltungen tauchten einfach in den zurückgebliebenen Rahmen Volkshochschulen um, andere aber suchten neue Wege. Eine einheitliche Richtung aber — wie in den nordischen Ländern — hat sich bei uns noch nicht herausgebildet, vielmehr weiß das Volkshochschulwesen, dem deutschen Auge zur Veranschaulichung folgend, größte Verschiedenheit und z. T. auch Planlosigkeit auf. Zwischen den einzelnen soll die Tagung deutscher Volkshochschulen, die vom 3.—5. September in Lübeck stattfinden wird, abhelfen. Sie wird allen am Volkshochschulwesen Interessierten, ganz gleich welchem Alters, Standes oder Geschlechts, Gelegenheit geben, miteinander Fühlung zu nehmen und über einige wichtige Fragen der Volkshochschulbewegung sich auszupredigen. Die Tagung wird durch zwei im Rahmen der Nordischen Woche abgehaltenen Vorträge von Dr. Frederik Schröder aus Kopenhagen über die dänische und von Dr. von Erdberg-Berlin über die deutsche Volkshochschule eingeleitet. Als Verhandlungsgegenstände sind folgende ausgewählt worden: 1. Die landliche Volkshochschule (Referenten: Direktor Garmann-Rohrlich, Dr. Maurenbrecher-Berlin, Dr. Stapel-Hamburg), 2. Arbeitsbereich der Volkshochschule (Unterstaatssekretär Dr. Baegle-Berlin), 3. Studientat Fingert-Beine, Dr. Lewin-Berlin), 4. Volkshochschule und Arbeiterkassen (Direktor Dr. Fischer-Lübeck), 5. G. L. N. in Hamburg, 6. T. H. M. in Neumünster), 4. Landwirtschaftliche Volkshochschulverbände und Unabhängigkeit eines Zusammenschlusses der deutschen Volkshochschulen (Schulrat Otto-Stebe, Direktor Dr. Mübber-Lübeck). Die Tagung wird sicherlich die Volkshochschulbewegung wesentlich fördern. Das ist umso wünschenswerter, als einem allzu raschen Ausbreitung der Volkshochschulbewegung (etwa 1000 Volkshochschulen waren in den letzten Jahren ins Leben getreten) in vielen Orten der unausbleibliche Rückgang gefolgt ist. Nähere Auskünfte über die Veranstaltung erteilt die Geschäftsstelle der Lübeck. Volkshochschule.

Vom Zentrum liegt ein Antrag vor, verschiedene Bestimmungen des badiischen Fortbildungsschulgesetzes auf einen späteren Zeitpunkt, frühestens auf den Schuljahresbeginn der Volksschule 1925 in Kraft treten zu lassen.

Der Antrag wird gemäß dem Antragsantrag gegen die Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen abgelehnt.

Der Antrag Herbst (Dem.) auf Ausbau der Realschule in Eschheim wird im Sinne eines Ausbaues und Einstellung von Mitteln im nächsten Etat angenommen.

Eine Reihe Gesuche bezüglich Schulausbau wird als erledigt erklärt, dagegen wird eine Resolution angenommen, diese Wünsche zu prüfen.

Der Antrag auf baldigen Ausbau des Realprogymnasiums in Waldhut wird mit Mehrheit angenommen.

Von den Sozialdemokraten liegt folgender Antrag vor: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, daß in Baden die Bestimmungen des Artikels 145 der Reichsverfassung, wonach der Unterricht und die Lernmittel in den Volksschulen und Fortbildungsschulen unentgeltlich sind, durchgeführt werden. Der Ausschuß empfiehlt die Annahme des sozialdemokratischen Antrags in folgender Form: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, unverzüglich darauf hinzuwirken, daß die Bestimmungen des Artikels 145 der Reichsverfassung, wonach der Unterricht und die Lernmittel in den Volksschulen und Fortbildungsschulen unentgeltlich sind, durchgeführt werden.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten und einem Teil des Zentrums und der Demokraten angenommen. Die Minderheit enthält sich der Abstimmung.

### Eine Debatte über die Karlsruher Kunsthalle

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.M.) äußert sich über die Kunsthalle in Karlsruhe. Man muß Herrn Dr. Storf zustimmen, daß er sich bemüht, Grundzüge durchzuführen. Immerhin kann man über die Anordnung der Bilder verschiedener Ansicht sein. Es ist zu erwägen, ob der Verkauf von Bildern auf der richtigen Linie liegt. Im Landesmuseum ist Muster-gültiges und Großartiges geleistet worden. Aber Herr Dr. Storf ist mehr Kunsthistoriker als Prähistoriker. Es ist deshalb eine hauptamtliche Kraft für prähistorische Forschung nötig.

### Abg. Marum (Soz.):

Ich bin nicht der Auffassung, daß die Anschaffungen der Kunstwerke in Karlsruhe begründet sind. Wir können mit der Arbeit Dr. Storf zufrieden sein. Sein System der Darstellung der Kunst am Oberrhein scheint mir richtig zu sein. Was die Preisangelegenheiten betrifft, so geht sie von einem Manne aus, der unter den verschiedenen Namen schreibt. Wenn wir die Neuwerbungen der Kunstwerke betrachten, so finden wir, daß sie eine gewaltige Bereicherung der Kunst unseres Landes darstellen. Denn wir müssen auch die neue Kunst wert schätzen. Es ist verfehlt, von einer Verletzung des § 36 der Verfassung zu reden, weil Bilder verkauft wurden; denn bei § 36 handelt es sich um Domänenverläufe. Die Verkäufe sind durch das Ministerium gedeckt. Die Kritik des Herrn Ad a m R ö d e r, der sich hier ausnahmsweise der Gunst der Deutschnationalen erfreut, ist in letzter Zeit nicht mehr differt von Sachlichkeit, sondern ist ide Schimpferei. Das Verhalten des Ministeriums beim Verkauf der bildenden Künstler war unflug. Denn es hatte in der Sache recht. Die Verwendung der Gelder für Wissenschaften und Künste findet unsere Zustimmung.

Abg. Frau Steber (Soz.): Eine Kunstschule, die Gemälde eines Grünewald besitzt, ist keine Begünstigung. Auch in Berlin und Dresden haben die Galerien Bilder verkauft. Die erworbenen Karlsruherer bedeuten eine Bereicherung.

Abg. Dr. Leter (Dem.) schließt sich den Neuerungen zur Abwehr der Angriffe gegen die Kunstwerke an. Ich spreche als Kunstfreund Herrn Direktor Storf die Anerkennung aus. Die wertvollen Karlsruherer sind geradezu um einen Spottpreis erworben worden.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.M.) meint, daß unter den aufgehängten Bildern des 15. und 16. Jahrhunderts manche sind, die eigentlich unter Kunsthandwerk gehören. Man kann streiten, ob die Karlsruherer Kunstwerke nötig waren.

Abg. Dr. Schofer (Soz.): Die Verkäufe konnten Anlaß zu Streitigkeiten geben. Ob die Reichensteinstiftung hierbei nötig war, ist eine andere Sache. Die Regierung hätte die Künstler zu Worte kommen lassen sollen, bevor man die Verkäufe vornahm. Die Anordnung der Bilder in der Kunsthalle kann gebilligt werden.

### Minister Hummel:

Ich möchte für die Anerkennung der Kunstwerke und des Landesmuseums meinen Dank aussprechen. Um die Anstellung eines Prähistorikers sind wir bemüht; doch habe ich nicht den Mut, Mittel für dessen hauptamtliche Anstellung anzusprechen. Die Organisation der bildenden Künstler hat keine Ursache, sich über Zurückstellung zu beklagen. Bei dem Verkauf von Bildern soll mit Künstlern und Kunstgelehrten Fühlung genommen werden. Eine ständige Kommission ist nicht wünschenswert. Der Direktor der Kunstschule legte bereits im Februar sein Programm vor. Es wurde vom Landtag damals bei seinem Besuch gebilligt. In den Ausstellungen des Abg. D. Mayer-Karlsruhe befand sich auch das, was in diesem Programm vorgelegt wurde. Ein Verzeichnis der beanstandeten Bilder lag dem Hause vor. Die Karlsruherer Galerie ist weit von der Gefahr einer Vergrößerung. Der Grünewald zum „Kunsthandwerk“ rechnen, geht weiter an der richtigen Beurteilung der Kunst vorbei. Der Weiterausbau der Kunstwerke muß sich auf die badiische Kunst und oberhessische Kunst beschränken. Die Beurteilung der Bilder ist immer eine Sache des persönlichen Geschmacks. Der Direktor der Mannheimer Kunstschule beglückwünschte die Karlsruher Kunstwerke zu ihren Erfolgen bei den Bilderverkäufen. Erz. Thoma sprach sich wiederholt anerkennend über die Kunstwerke aus. Das Land ist dem Direktor für sein Programm Anerkennung schuldig.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.M.-Raff.) meint, dies sei ein über Rederfretsch, daß ich Grünewald zu den handwerk-mäßigen Malern rede.

Abg. Minister Hummel: Ich verbitte mir diese Ausdrucksweise.

Präsident Kapf rügt den Ausdruck des Abg. D. Mayer-Karlsruhe.

Der sozialdemokratische Antrag, zur Förderung der Jugendpflege 50 000 M. (statt 25 000 M.) zu genehmigen, wird angenommen.

Der Antrag Dr. Kopf (Soz.) bezüglich Betrieb des klinischen Krankenhauses wird als erledigt erklärt.

Der Unterrichtsetat wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch früh 9 Uhr. Tagesordnung: Nachtragsetat. — Schluß der Sitzung: 8.15 Uhr.

## Jugend und Sport

Den Schwimmereford für den Oberrhein hat letzten Sonntag ein Mitglied des Karlsruher Schwimmvereins 1921 Herr Haas aufgestellt. Er hat die 26 Kilometer lange Strecke Friedrichs-hafen-Konstanz in 15 Stunden durchschwommen. Er startete morgens in der Frühe um 4 Uhr in Friedrichshafen und war um 7 Uhr in Konstanz.

## Kleine Nachrichten

Stuttgart. Das württemberg. Ernährungsministerium hat verfügt, daß der Viehhandel zwischen dem Wirtschaftsgebiet Württemberg-Hohenzollern und den andern deutschen Gebieten freigegeben wird.

Freudenstadt. Im württemberg. Schwarzwald sind fast alle Höhen- und Luftkurorte vollständig ausverkauft. Bis hinein in das kleinste Dörfchen und bis hinauf ins höchste Bergwirts-haus sind Kurgäste und Sommerfröiher anzutreffen.

Auffig. In Auffig kam es zu deutsch-feindlichen Ausschreitungen. Zahlreiche deutsche Passanten wurden verbeulagt. In der Stadt herrschte große Aufregung über die Mißstände die an dem gestrigen Erzeß die Schuld tragen.

Regensburg. Auf dem Lagerplatz der Firma Kottmann aus Lugans brach ein Großfeuer aus, dem Holzvorräte im Wert von über vier Millionen Mark zum Opfer fielen.

Kürnberg. Bei dem großen Waldbrand am Dübenthal sind insgesamt 286 Hektar Areal verheert worden. — Ein 45jähriger Kaufmann hat hier nach vorübergegangener Streik seine Geiselt, eine verheiratete Arbeiterin, Mutter von drei Kindern, erschossen und sich dann selbst schwer verletzt.

Kürnberg. Der seit einigen Tagen in der Nähe des Joll-hauses wütende Waldbrand konnte noch nicht gelöscht werden. Falls es nicht bald gelingen sollte, das Feuer Herr zu werden, droht den Bewohnern in der Nähe des Schießplatzes Gefahr.

Ennsbrunn. Die „Saarbrücker Zeitung“ meldet aus Mülhausen, daß ein gewaltiger Waldbrand in den Vogesen ausgebrochen ist. Der Brand erstreckt sich über den ganzen Berggraben des Wolfenrain bis zum Hartmannswiesenthal. In dem während des Krieges mit Granaten bespalteten Gelände erfolgen fast ununterbrochen Explosionen. Die Feuer-wehren sind vollständig machtlos. Französische Truppen sind zur Hilfeleistung abgegangen.

Berlin. Dienstag fanden unter der Leitung eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums erneut Sitzungsversuche zwischen den Arbeitgeber und den Angestelltenverbänden des Steinlosgewerbes statt.

Friedrichshafen. Große aus Deutschland kommende Transporte von Schafwolle und Häutern sind auf dem Transport in mehreren Bügen auf dem Wege nach Frankreich durch die hiesige Station gekommen. Nummern des Viehs sind verzeichnet und wurden in St. Wobd verpackt.

Stuttgart. In den letzten Tagen ist Eljas-Lothringen von einer Reihe schwerer Brände heimgesucht worden. Da die Wasserversorgung eine große ist, so waren die Löscharbeiten vielfach sehr erschwert. In Diefenbach-Göllimer wurden durch Großfeuer neun Wohnhäuser eingeeigert. Waldbrände entstanden im Staatswald von St. Wobd, in der Nähe von Treu-höfen und in der Nähe von Freiland. Der Schaden geht bei allen diesen vier Bränden in die Hunderttausende.

Belgrad. In der Nähe von Krugovac ist ein Munitionslager in die Luft geflogen. Es gab einige Tote. Wahrscheinlich handelt es sich um ein terroristisches Verbrechen.

Eine Millionen-Unterabteilung. Aussehen erregt ein in den Straßen der großen Städte angelegenes Plakat, worin das Volksgelübde zum Inhalt hat, daß vor einigen Tagen von einer Bank in Köln die Kassenheben Josef Schmitz und Johann Feldhäsel zur Reichsbank in Köln geschickt wurden, um einen Scheck über 28 Millionen Mark einzulösen. Die beiden erhielten 25 Millionen in Tausend-Markscheinen und 300 000 M. in Hundertmarkscheinen und gingen damit glücklich. Für ihre Teilnahme und die Beibringung des Geldes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

## Aus dem Lande

Otterdorf, 1. Aug. Beim Baden im Rhein ertrank gestern nachmittags der 19 Jahre alte Adolf Ruf. Anscheinend hat sich der junge Mann in ersticktem Zustand in das Wasser begeben, wo er von einem Starckampf erfaßt wurde.

St. Leon, 1. Aug. Waldbrand. Am Donnerstag entstand in der Richtung gegen Krausen ein Waldbrand. Das Feuer löschte sich schnell aus, konnte aber durch schnelles Eingreifen gelöscht werden, doch dürfte der Schaden bedeutend sein.

Reibelsberg, 2. Aug. Die erste Schloßbeleuchtung seit dem Krieg ging unter unehrerlicher Beteiligung der Bevölkerung von hier und aus den Nachbargorten vor sich. Die Menschenmenge, die sich gegen Abend zusammen fand, wird auf 50 000 Personen geschätzt. In acht Sonderzügen mußte die Eisenbahn ein 25 000 Personen zurückzuführen. In Mannheim mußten Hunderte von Menschen wieder umkehren, weil sie in den Zügen keinen Platz mehr fanden. Viele Leute saßen auf den Dächern der Züge und in den Bremserhäusern. Dazu kamen noch die Sonderzüge der Nebenbahnen und der elektrischen Vorortbahnen, die ebenfalls überfüllt waren. Um 9 Uhr begann die aus Anlaß des 50. Stiftungsfestes der Verbindung „Leonaria“ veranstaltete Beleuchtung des Schlosses, die ihren alten Zauber ausübte.

Heidelberg, 2. Aug. In dem Mord an den beiden Bürgermeistern wird berichtet: Die weitere Untersuchung hat das Ergebnis erbracht, daß der Mordbefehl gegen die beiden in Stetten festgenommenen Männer von Reibelsberg aus gegeben werden mußte. Gegen einen der beiden Verhafteten liegt der Mordbefehl einer ausörtlichen Behörde wegen eines kleineren Verbrechens vor. Es steht jedoch fest, daß beide gar nichts mit dem Verbrechen am Pfalzgrafenstein zu tun haben. Diefer leugnet trotz des nunmehr geradezu überwälzenden Beweismaterials nach wie vor.

Reibelsberg, 1. Aug. Wegen die Kraftwagenfahrer geht hier die Polizei hart vor. Am Sonntag wurden nicht weniger als 24 Kraftwagenfahrer wegen zu schnellen Fahren zur Anzeige gebracht.

Mannheim, 1. Aug. Das Strandbad am Rhein hinter der Reichsinsel im Waldpark ist in der letzten Woche von gegen 60 000 Personen besucht worden. Etwa 15 Meter weit kann man in das Wasser hineinlaufen. An dieser Stelle ist noch kein einziger Unfallfall passiert. Am Sonntag waren wohl 10 000 Menschen dort versammelt. — Nach Unterabteilung von etwa 50 000 M. zum Kauf der Organisation ehemaliger Kriegsteilnehmer, vor November 1918 erlassen, ist der 34-jährige verheiratete Kaufmann Heinrich Schmitz von Reibels-lautern glücklich gegangen.

Zahr, 1. Aug. Der Verwalter des Langenhardtguttes füllte mit einem Knecht im Schein einer Laterne ein Fass Benzin ab. Es entstand eine Explosion, durch die der Verwalter lebensgefährlich verletzt wurde.

Emmeningen, 2. Aug. Transmissionsriemen-diebstahl. In der hiesigen Fiepel wurden von einem noch unbekanntem Täter Transmissionsriemen im Werte von etwa 3000 M. gestohlen.

Freiburg, 2. Aug. Ein frecher Diebstahl. Von einem Kraftwagen wurde in der Umgebung Freiburgs ein Koffer gestohlen, dessen Inhalt einen Wert von einer halben Million repräsentiert.

Hüffenhardt bei Mosbach, 1. Aug. Der 66jährige Wagner und Landwirt Johann Hofmann geriet unter seinem mit Früchten beladenen Wagen, wurde überfahren und auf der Stelle getötet.

Diesel Güterzüge hätte nicht nur wurde ein

Die st in diesem dert, den irgend ein gänge. den Rauten bei munter aber das Behürfnis wie in früm sein, dem wählen die freunde U einen selbst daß die E bestem Ge

Vorgezamar Di Ausflug für die Eltern Die Kinder plagen: Dstfadstraße unstadt: Gurs Südwäcker Dagland

Der R Steigerung Die Jahre Zeit des v arguit als kriegsno die Jahre

Nach einer drei Wehl: 2,7 6 M, 1 P Graben: 8,50 M, 9 Liter 2 M, 2 P Margarit 15 Pfd. 4,50 M, 10 M.

Somit Benige A viele Arb diejem Kan digte Kan für alle 2 Fräuge: 10 5 M wfo den könne Welcher kann aber zumal bei der Beda höher ist ist in dief wülegen berei über

Terrestrische tums, die gansen K besoldeten „Lohnabb aufbau“ A wichtiges nicht ist.

Die g Schäden in mitgeteil Frische an dem besten aus dem l den inneren Band von las Bäum ländlich mit

Auch H 6. B. gung mit das Metal und berück ziehen der Dachte wi den bei Ki

Im A und Künft gen Situ kunstschale Wir verwe Landtagsf tenanus b

Die st in diesem dert, den irgend ein gänge. den Rauten bei munter aber das Behürfnis wie in früm sein, dem wählen die freunde U einen selbst daß die E bestem Ge

Vorgezamar Di Ausflug für die Eltern Die Kinder plagen: Dstfadstraße unstadt: Gurs Südwäcker Dagland

Der R Steigerung Die Jahre Zeit des v arguit als kriegsno die Jahre

Nach einer drei Wehl: 2,7 6 M, 1 P Graben: 8,50 M, 9 Liter 2 M, 2 P Margarit 15 Pfd. 4,50 M, 10 M.

Somit Benige A viele Arb diejem Kan digte Kan für alle 2 Fräuge: 10 5 M wfo den könne Welcher kann aber zumal bei der Beda höher ist ist in dief wülegen berei über

Terrestrische tums, die gansen K besoldeten „Lohnabb aufbau“ A wichtiges nicht ist.

Die g Schäden in mitgeteil Frische an dem besten aus dem l den inneren Band von las Bäum ländlich mit

Auch H 6. B. gung mit das Metal und berück ziehen der Dachte wi den bei Ki

Im A und Künft gen Situ kunstschale Wir verwe Landtagsf tenanus b

Die st in diesem dert, den irgend ein gänge. den Rauten bei munter aber das Behürfnis wie in früm sein, dem wählen die freunde U einen selbst daß die E bestem Ge

Vorgezamar Di Ausflug für die Eltern Die Kinder plagen: Dstfadstraße unstadt: Gurs Südwäcker Dagland

Der R Steigerung Die Jahre Zeit des v arguit als kriegsno die Jahre

Nach einer drei Wehl: 2,7 6 M, 1 P Graben: 8,50 M, 9 Liter 2 M, 2 P Margarit 15 Pfd. 4,50 M, 10 M.

Somit Benige A viele Arb diejem Kan digte Kan für alle 2 Fräuge: 10 5 M wfo den könne Welcher kann aber zumal bei der Beda höher ist ist in dief wülegen berei über

Terrestrische tums, die gansen K besoldeten „Lohnabb aufbau“ A wichtiges nicht ist.

Die g Schäden in mitgeteil Frische an dem besten aus dem l den inneren Band von las Bäum ländlich mit

Auch H 6. B. gung mit das Metal und berück ziehen der Dachte wi den bei Ki

Im A und Künft gen Situ kunstschale Wir verwe Landtagsf tenanus b

Die st in diesem dert, den irgend ein gänge. den Rauten bei munter aber das Behürfnis wie in früm sein, dem wählen die freunde U einen selbst daß die E bestem Ge

Vorgezamar Di Ausflug für die Eltern Die Kinder plagen: Dstfadstraße unstadt: Gurs Südwäcker Dagland

Der R Steigerung Die Jahre Zeit des v arguit als kriegsno die Jahre

Nach einer drei Wehl: 2,7 6 M, 1 P Graben: 8,50 M, 9 Liter 2 M, 2 P Margarit 15 Pfd. 4,50 M, 10 M.

Somit Benige A viele Arb diejem Kan digte Kan für alle 2 Fräuge: 10 5 M wfo den könne Welcher kann aber zumal bei der Beda höher ist ist in dief wülegen berei über

Terrestrische tums, die gansen K besoldeten „Lohnabb aufbau“ A wichtiges nicht ist.

Die g Schäden in mitgeteil Frische an dem besten aus dem l den inneren Band von las Bäum ländlich mit

Auch H 6. B. gung mit das Metal und berück ziehen der Dachte wi den bei Ki

Im A und Künft gen Situ kunstschale Wir verwe Landtagsf tenanus b

**Basel bei Schopfheim, 2. Aug.** Bei der Ausfahrt eines Güterzugs aus dem hiesigen Tunnel geriet auf noch unangelegter Weise ein Kesselwagen in Brand, der vollständig zerstört wurde. Durch das schnelle Abhängen dieses Wagens wurde ein Weitergreifen des Feuers verhindert.

### Aus der Stadt

#### Geschichtskalender

8. August. 1492 Christoph Columbus tritt seine erste Entdeckungsfahrt an. — 1919 f. Der Rechtslehrer Prof. Dr. Köpfer in Berlin. — 1919 Internationaler Sozialistenkongress in Lugano.

#### Karlsruher Parteinachrichten

##### Ferienpausiergänge

Die Kindererziehungskommission unternimmt auch in diesem Jahre während der Ferienzeit mit den Kindern, denen es nicht vergönnt ist, ihre Schulfreien in irgend einem Luftkurort zu verbringen, wieder Spaziergänge. Sie wird die Kinder wieder hinausführen aus der Mauern der Stadt, um mit ihnen auf Spielplätzen bei munterem Spiel einige Stunden zu verweilen. Da aber das schönste Spiel den Reiz verliert, wenn man die Bedürfnisse des Magens unberücksichtigt läßt, so wird auch wie in früheren Jahren die Kindererziehungskommission bestrebt sein, dem lustigen Bistehen, das weit über 1000 Köpfe zählen dürfte, dank der Opferwilligkeit vieler Kinderfreunde Lebererfräshungen zu bieten, die für manches Kind einen seltenen Genuß bedeutet. Es ist zu wünschen, daß die Bemühungen der operwilligen Genossinnen von bestem Erfolg begleitet sein mögen.

Vorgehen sind wöchentlich zwei Spaziergänge und zwar Dienstags und Donnerstags. Der erste Ausflug findet morgen Donnerstag statt und werden die Eltern gebeten, ihren Kindern Kränkechen mitzugeben. Die Kinder treffen sich um 2 Uhr an folgenden Sammelplätzen:

Oststadt: Karl Wilhelmsschule; Altstadt: Ede Adlerstraße und Schloßplatz; Mittelstadt: Ludwigplatz; Weststadt: Gutenbergplatz; Südstadt: Werderplatz und Zivoli; Südweststadt: Sonntagplatz; Mühlburg: Friederichsplatz; Daxlanden: Kirchplatz; Kuppurr: Gartenstraße.

#### Wer trägt noch „Lohnabbau“?

Der Auf nach Lohnabbau erfährt durch die fortwährende Steigerung aller Lebensmittelpreise eine direkte Abgabe. Die Indeziffer hat zwar angeblich die Höhe der teuersten Zeit des vorigen Jahres von 916 noch nicht erreicht, sie steht jetzt aber bereits wieder auf 894 gegen 100 der Vorkriegsnorm. Aber lange wird es nicht mehr dauern, so ist die Indeziffer 916 überschritten.

Nach amtlichen statistischen Zahlen beträgt der Bedarf einer dreizipfigen Familie: 4 Prote: 17,60 M., 2 Pfund Mehl: 2,70 M., 20 Wd. Kartoffeln: 8 M., 2 Wd. Gemüse: 6 M., 2 Wd. Nudeln: 7 M., 1 Wd. Reis: 4,20 M., 1 Wd. Graupen: 2,80 M., 1 Wd. Hülsenfrüchte: 2,20 M., 1/2 Wd. Gries: 1,50 M., 1/2 Wd. Zucker: 5,55 M., 1/2 Wd. Kaffee: 8,50 M., 1/2 Wd. Kaffee: 6 M., 1/2 Wd. Malzstaeffe: 4 M., 3 Liter Milch: 4,60 M., 6 Eier: 7,20 M., 1 Wd. Fischwaren: 9 M., 2 Wd. Wurst: 34 M., 2 Wd. Fleisch: 28 M., 1 Wd. Margarine: 10 M., 1 Wd. Butter: 24 M., 1 Wd. Fett: 11 M., 1/2 Wd. Del: 9 M., 1/2 Wd. Liter Essig: 90 S., 1/2 Wd. Seife 4,50 M., Kohlen und Holz: 20 M., Beleuchtung und Miete: 10 M.

Somit stellt sich der Bedarf auf 315,45 M. wöchentlich. Wenige Auserwählte haben nur diesen Verdienst, und viele Arbeiter müssen aus diesem Grunde noch sehr viel von diesem Bedarf streichen. Sie können nur das Alternativedigste kaufen. Damit ist aber das Wohngeld noch nicht für alle Bedürfnisse eingestellt; es kommen für eine dreizipfige Familie noch hinzu: Krankengeld für Mann und Frau: 10 M., Steuern 15 M. Zeitungen und Versicherungen 5 M. usw., jedoch also schon rund 400 M. angenommen werden können.

Welcher Arbeiter und Beamte bis zur Beibehaltungsklasse 8 kann aber seiner Frau wöchentlich 300 M. Kostgeld geben, zumal wenn er vielleicht gar drei oder vier Kinder hat und der Bedarf an Kleidung, Wäsche Schuwerkzeug usw. noch viel höher ist als bei einer dreizipfigen Familie? Wohl keiner ist in dieser glücklichen Lage; noch viel weniger ist an Zurücklegen für glücklichere Tage zu denken. Die ganze Rederei über Lohnabbau ist demnach weiter nichts als eine Irreführung, verhilft nur das Streben des Unternehmertums, die Lebenshaltung außerst niedrig zu halten und die ganzen Kriegszugewinne auf die Masse der Arbeiter und Festbesoldeten abzumalen. Das schredenerregende Schlagwort „Lohnabbau“ muß unbedingt einen energischen „Lohnaufbau“ Platz machen, zumal eine weitere Verteuerung aller wichtigen Nahrungs- und Bedarfsartikel in die Nähe gerückt ist.

#### Folgen der Hitze

Die geradezu tropische Hitze der jetzigen Tage richtet große Schäden in Feld und Garten an. Die von Obstbaumbesitzern mitgeteilt wird, kann man jetzt nicht selten beobachten, daß Früchte am Baum hängen. Auch fallende Früchte fangen auf dem heißen Boden zu loden an. Das liegt wie die Erzählung aus dem heißen Afrika, wo Eier im heißen Sand gelocht werden können. Auch in den südlichen Gärten beginnt das bürre Raub von den Wäurmen zu fallen, so daß man schon beschiedentlich Bäume mit entlaubten Ästen sehen kann. Ein trauriges Anbild mitten im Sommer.

Auch auf anderem Gebiete zeitigt die Hitze Folgen. Es ist z. B. jetzt außerordentlich schwer, telephonische Verbindungen mit auswärtig herbeizuführen. Die gewaltige Hitze dehnt das Metall aus, die Drähte bekommen ein zu großes Gehänge und berühren sich, wodurch Störungen entstehen. Durch Anziehen der Drähte kann man keine Abhilfe schaffen, denn die Drähte würden dadurch nur noch weiter ausgezogen und würden bei höherer Witterung reißen.

#### Eine Kunsthaldebebatte im Landtag

Im Anschluß an die Beratung des Etats für Wissenschaft und Kunst befahte sich der Landtag zum Schluß seiner gestrigen Sitzung in längerer Erörterung mit der Karlsruher Kunsthalde und der in letzter Zeit an ihr stattgefundenen Kritik. Wir verweisen in dieser Hinsicht auf den Bericht der gestrigen Landtagssitzung, die, wie wir gerne konstatieren, eine Anerkennung der Leistung des Galeriedirektors Sterk bedeuteten.

**Lebensmittelkontrolle.** Im Laufe des Monats Juni 1921 wurden 11 535 Kannen Milch geprüft und 102 Proben zwecks Untersuchung erhoben. Davon wurden 12 Proben als gewässert, 5 als entrahmt und 2 als fettarm beanstandet. Wegen Milchfälschung gelangten 9 Landwirte bzw. Landwirtinnen zur Anzeige. — Ferner kamen ein Kaffeebesitzer und vier Händlerinnen wegen sonstiger Nahrungsmittelfälschungen, zwei Metzgermeister wegen unerlaubter Herstellung von Wurstwaren zur Anzeige.

**h. Hausagrarierum.** Eine seltene Perle von einem Hausagrarier scheint der Besitzer des Hauses Leopoldstraße 37 zu sein. Nicht nur daß er die Mietpreise auf die höchste Höhe zu schrauben versteht, buhelt der gute Mann sein Kind im Hofraum. Drohungen mit Totschlägen hört man auf Schritt und Tritt. Eine Kat aber, die nicht jeden Tag vorkommt, leistete sich der Herr am letzten Freitag. — Wieder hatte derselbe Kinder eine ganz unmotivierte Szene gemacht, als sich ein Mieter des Hinterhauses ins Mittel legte. Ohne irgendwelche Begründung schlug der aufgebracht Hauspapa auf den Mieter mit einem Schmel ein, sodaß derselbe bewußlos zusammenfiel und seitdem bettlägerig ist. Es ist aber Anzeige erstattet und die Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

**Selbstmordversuch.** Am 2. August 1921 nachts gegen halb 12 Uhr versuchte sich eine 22 Jahre alte Köchin im Rheinpark zu erhängen, sie wurde aber daran verhindert. Das Motiv der Tat scheint Liebeskummer zu sein. — Am 2. August ds. J. nachmittags 1 Uhr flog ein Funten eine Solomotte auf das bürre Gras am Bahndamm hinter der Wöhlerstraße und landete. Die Feuerwehre (Feuerwache) wurde alarmiert und konnte nach halbstündiger Tätigkeit wieder abziehen. — Am 3. August früh 4 Uhr entfiel in einem heißen Kessel im Westbahnhof durch Selbstentzündung der dort lagernden Säckchen Feuer. Die herbeigerufene Feuerwache war bald Herr des Feuers. Der Schaden beträgt etwa 1000 M.

#### Valuta-Bericht vom 2. August

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute circa 7,45 Gld. Auszahlung Holland notierte 25,18 M. pro holl. Gulden. Auszahlung Schweiz notierte 13,55 M. pro schweiz. Frs. Auszahlung England notierte 293 1/2 M. pro Pfund Sterling. Auszahlung Frankreich notierte 6,25 M. pro franz. Frs. Auszahlung Neuhort notierte 82 1/2 M. pro Dollar.

#### Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 3. August 1921

Das Tiefdruckgebiet ist ohne Einfluß auf die Witterung Süddeutschlands geblieben. Das heiße trodene Wetter dauert fort. — Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag, 4. August, abends: Trocken, sehr warm, meist heiter.

#### Wassercotand des Rheins

Schäferinsel 102, gef. 2 Jm. Reß 107, gef. 1 Jm. Kragau 948. Rannheim 219, gef. 1 Jm.

### Letzte Nachrichten

#### Verhaftung eines Kommunistenführers

Stuttgart, 3. Aug. Die hiesige Kriminalpolizei hat den 36 Jahre alten kommunistischen Schriftsteller Dr. Viktor Stern aus Triebich (Tschedo-Slowakei), der zuletzt als Schriftleiter des „Kommunist“ in Stuttgart tätig war und sich unter dem Namen „Viktor Berger“ bei Gesinnungsgenossen verborgen hielt, wegen unerlaubter Nudiz in das Reichsgebiet und anderer Vergehen festgenommen. Stern war bei dem Aufstand im Ruhrgebiet einer der gefährlichsten Führer. Nachdem es zu häufigen Zusammenstößen der Arbeiterschaft mit der bewaffneten Macht gekommen war, flüchtete er rechtzeitig, um später sein Treiben in Mitteldeutschland fortzusetzen. Er führte hiesig verschiedene Ausweispassiere bei sich. Die in seiner Begleitung angebrochene angebl. Gattin Sterns ist eine 22 Jahre alte Dienstmagd aus Berlin.

#### Verhaftung von Verbrechern

Stuttgart, 3. Aug. Am 28. Juli hat die Kriminalpolizei bei der Vernehmung des Fremdenverkehrs 8 reisende Verordener gefaßt, die im Begriffe waren, wie vorher schon anderwärts, so auch jetzt in Stuttgart große Betrügereien zu verüben. Der 27 Jahre alte Kaufmann Edward Lewinsohn von Berlin, der 21 jährige Kaufmann Alfred Kron von Krakau und der 22 jährige Kaufmann Bronislaw Benj. Kowicz von Berlin erließen in den Tageszeitungen Anzeigen, durch die ein Geschäftsmann zur Abwicklung eines einträglichen Geschäfts gegen gute Bedingung auf 1-2 Tage 45 000 M. fuhde und einem noch entschlossenen Geldgeber 3000 M. Entschädigung versprach. Die drei arbeiteten nach Schieberart in der Rolle des Vermittlers, des Käufers und Verkäufers zusammen, wobei es sich um minderwertige Kaffeeparade handelte. Auf diese Weise sind den Betrügern im Mai in Frankfurt 60 000 M., im Juni in Köln 90 000 M. in die Hände gefallen. Von der Beute ist noch ein größerer Geldbetrag sichergestellt. Vinja-Kowicz hat in Berlin und Frankfurt noch dazwischen Betrügereien verübt, daß er für kurzfristige Darlehen unechte Weitanlagen für eche als Pfand gab und mit 72 000 M. verschwand. — Ferner wurden hier der 23 jährige Kaufmann Erich Rappoch und der 25 jährige Kaufmann Alfred Riche, beide aus Berlin, verhaftet, die hier als angebl. Vertreter Alfred und Erich Blumenthal aus Warschau eine Weinroggandlung aufgemacht und auswärtigen Fremden größere Mengen Weinstoffe zu billigen Preisen gegen Poßung nach Empfang der Rechnung angeboten hatten, aber weder Warenvorräte, noch Betriebskapital besaßen. Die eingeleiteten Geschäfte, die in die Hunderttausende gingen, wurden durch das Eingreifen der Polizei vor Vollendung des Betrugs verhindert.

#### Wichtiges, 3. August. Aus noch nicht ermitteltem Ursache ist gestern Nacht in dem eingebauten Stadtteil zwischen Rathaus und Kirche Feuer ausgebrochen, das sich nach der heutigen Hitze der letzten Wochen über die ausgedehnten Häuser und Dächer mit rasender Geschwindigkeit verbreitete und innerhalb 2 bis 3 Stunden 8 Wohnhäuser und 4 Scheunen in Asche legte. Der ganze Häuserblock zwischen Rathaus und Kirche wurde vernichtet. Die Feuerwehre war sofort zur Stelle und fand alsbald auch die Unterhügung aller umliegenden Wehren. Am Mittwoch war das Rathaus sehr bedroht. Am 2 Uhr war eine weitere Gefahr beseitigt. 23 Familien sind obdachlos. Der Schaden ist sehr groß. Es wird auf mehrere Millionen beziffert. Angehörige sind nicht zu verzeichnen.

#### Kommunisten unterjagten Unterstützungsgelder

Berlin, 2. Aug. (Privat.) Die dem „Vorwärts“ mitgeteilt wird, ist die Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft, die den Jued hat, die wegen ihrer politischen Überzeugung Verfolgten und Verhafteten, sowie deren Angehörigen zu unterstützen, von den beiden kommunisti-

sehen Treuhändern Paul Eckert und Karl Hagen um 345 000 M. betrogen worden. Die beiden Treuhänder haben im November v. J. die gesamte Summe von den Bankguthaben der Unterstützungskommission abgehoben und sind damit verschwunden. Die als Kommissare und Revisoren tätigen Kommunisten der Kommission wußten durch einen fälschlichen Kommissionsbericht die Veruntreuung bisher zu verbergen. Erst dem zum Vorsitzenden der Unterstützungskommission neugewählten Reichssozialisten Barth gelang es, die Reihe von Unterschlagungen zu entdecken.

Berlin, 3. Aug. Die Veröffentlichungen über Unterschlagungen von Geldern der Unterstützungskasse der Berliner Arbeiterschaft, hat dem „Vorwärts“ und der „Freiheit“ eine Berichtigung des Reichsanwalts Herzfeld eingetragen, in der es als unwohl erklärt wird, daß auch nur ein Pfennig verschwunden ist. Auch die Kassenberichte vom 6. Mai seien in Ordnung. Es sei daher unmaß, daß rund 345 000 M. unterschlagen worden seien. Die Einnahmen aus den vorhandenen Geldern seien ordnungsgemäß verbucht und zu Unterstüttungen verwendet worden.

Zu dieser Berichtigung erklärt der „Vorwärts“, daß doch Zug und Trug geschehen sei. Die beiden kommunistischen Treuhänder hätten das Geld abgehoben, ohne den dritten mit verantwortlichen Treuhänder zu unterrichten. Die als Kassierer und Revisoren tätigen Kommunisten hätten die Generalversammlung der Betriebsräte in dem Glauben gelassen, die Geschäftsbücher der Unterstützungskommission geprüft zu haben, während sie in Wirklichkeit gemeinsam mit den beiden Treuhändern die Gelder in einem ihnen wichtiger erscheinenden Sinne verbraucht hätten.

#### Elektrizitätsarbeiterstreik

Berlin, 3. Aug. Die „Berl. Tageblatt“ aus Landsberg an der Warthe meldet, ist durch den Streik der hiesigen Metallarbeiter, die sich den ausländischen Elektrizitätsarbeiter angeschlossen haben, die Elektrizitätsversorgung Landsbergs und der Umgegend vollkommen stillgelegt worden. Sämtliche Industriebetriebe müssen feiern. Auch die Zeitungen erscheinen nicht.

#### Troski der Diktator

St. Petersburg, 3. August. Aus Reval verlautet gerüchtwiese, daß Troski diktatorische Vollmachten erhalten hat, um mit Hilfe der Roten Armee die Hungernden niederzurücken. Im Gegensatz dazu meldet die finnische Zeitung Dänmäs, die Wut der Bevölkerung gegen die Räteregierung kennt keine Grenzen mehr. In Scharstow seien bereits zwei Kommissare von der wütenden Menge gehängt worden.

#### Polnische Gewalttaten

W. W. W. 3. Aug. Der Marktscheidkommissar Strobel ist von den Abduktoren Injuranten aus dem Berglino in Oberdarschau mit Gewalt herausgeholt worden und auf dem Wege zum Wachtlokal hinterwärts durch drei Schüsse getötet und in den Straßengraben geworfen worden, wo er bis Montag früh liegen blieb. Er wurde von den Polen befolgt, weil er seinerzeit die Führung der Abduktoren Ordowehr übernahm und sich nicht für die polnische Sache kaufen ließ.

#### Erklärungen Lloyd Georges über die bevorstehende Entente-Konferenz

London, 2. Aug. Lloyd George hat gestern im Unterhaus einige interessante Erklärungen abgegeben über die bevorstehende Entente-Konferenz. Der Arbeiterführer Thomas hat die Anfrage gestellt, ob der Ministerpräsident in der Lage sei, über die obersteinstliche Frage und über die Zusammenkunft des Obersten Rates Erklärungen abzugeben. Lloyd George gab bereitwillig Auskunft und erklärte, er sei sehr glücklich mitzutteilen, daß die englische Regierung mit der französischen Regierung zu einem befriedigenden Abkommen gelangt sei, in der Frage des Zusammentritts der Entente-Konferenz, um die obersteinstliche Frage zu prüfen. Diese Konferenz findet in Paris statt und beginnt am 8. August. Sie sei dazu bestimmt, sich über die seitens der Plebiszitkommission in Oberschlesien erteilten Resultate auszusprechen.

Lloyd George hat also klar und eindeutig erklärt, daß die Entente-Konferenz auf der Grundlage der Berichte der Entente-Kommission in Oepeln, die sich über den Verlauf der deutsch-polnischen Grenze aussprechen, beraten wird. Mit anderen Worten, die Entente-Konferenz soll nun tatsächlich die obersteinstliche Frage lösen und entscheiden. Lloyd George hat noch hinzugefügt, daß an der Spitze der Verhandlungsgegenstände der Entente-Konferenz auch noch die Frage stehe, ob es nötig sei, Truppentransporte in die umstrittenen Gebiete zu schicken und zwar noch vor Veröffentlichung der Beschlüsse des Ententerates, über das Besizit. Inzwischen stehen der französische, englische und italienische Botschafter in Berlin im Begriffe, der deutschen Regierung mitzuteilen, sie habe sich bereit zu halten, um den Transport von Ententetruppen durch Deutschland zu erleichtern, sobald der Oberste Rat verfügt habe, daß die Lage in Oberschlesien einen solchen Truppentransport erforderlich mache.

Man sieht, daß englischerseits die Zustimmung für die Bewilligung von Truppentransporten oder für das Einvernehmen mit diesen Truppentransporten noch nicht gegeben sind. Lloyd George hat sich gegenüber Irland offenbar noch nicht gebunden.

#### W. W. W. 3. August. Hoover hat dem in London weilenden Leiter des amerikanischen Hilfswerkes für Europa den Auftrag erteilt, sich sofort nach Riga zu begeben, um mit den russischen Sowjetbehörden über die Einleitung des amerikanischen Lebensmitteltransportes für Rußland zu verhandeln. Hoover teilt mit, daß die Lebensmittelverfendung über Danzig im Einvernehmen mit Rußland sofort beginnen könne. Er schäbe die Aufwendungen, die das amerikanische Hilfswerk für Rußland erfordere, auf 1,25 bis 1,5 Millionen Dollars monatlich. Die ersten Lebensmitteltransporten werden wahrscheinlich nach Petersburg gehen. Außer Lebensmitteln werden auch Arzneimitel gesandt werden.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Ueberlicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Angelegenheit Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

#### Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Gesangverein Kassalla.) Treffpunkt der Sänger Donnerstag 4. 8. 21 abends 8 Uhr bei Mitglied Kerner, zur „Platane“, Ede Kuppurrer- und Werderstraße. 5406  
Karlsruhe. (Wassersportverein.) Mittwoch abends 8.30 Uhr Monatsversammlung im „Cambrinus“. Ausgabe der Eintrittskarten zum Schwimmfest für Mitglieder. Mitgliedsbuch zur Kontrolle mitbringen. 5407  
Bruchsal. (Die Naturfreunde.) Donnerstag abends 8 Uhr Versammlung. Samstag nachmittags 4.45 Uhr Abfahrt nach Raumünzach. Rückfahrkarten bis Karlsruhe. 5410

**Tausende verwenden**

**Ruf's**

Spezialitäten zur Herstellung eines guten Getränkes

**Ruf's Heidelbeeren** mit Zutat zu 100 Liter M. 21.50 zu 100 Liter M. 22.50 zu 150 Liter M. 33.75

Ruf's Kumpfostanfang mit Heidelbeeren ohne Zutat zu 100 Liter M. 43. Flaschen zu 50 Liter M. 23.

Ruf's Kumpfostanfang mit Heidelbeeren ohne Zutat zu 100 Liter M. 40. Flaschen zu 50 Liter M. 20.

Riefelsteine: Drogerie G. Deubler Nachf., E. Gebhard, Karlsruhe, Auguststr. 24. 5903

So urteilen die Abnehmer: Ottenbach, 15. Juli 1921. Im Auftrag meines Schwagers bitte ich Sie ein Paket Heidelbeeren mit Zutat zu 100 Liter und ein weiteres Paket zu 150 Liter mit Zutat zu versenden zu wollen. Zugleich bitte ich mein Schwager seine volle Zufriedenheit über das Getränk auszusprechen.

gez. Johannes G.

**Strebhan, Genosse** führt lohnende Nebenschäftigkeit. Näheres zu erfragen unter Nr. 6367 in Volksfreundbüro.

**Gummihöfen** angefertigt ohne Ränke, Zinken und Abzüge 21. 4. Vorwärts angelandete Arbeit wird in zwei Tagen zurückgeschickt. Schweißreparatur mit elektrischem Betrieb. **Walhornstr. 36** Ecke Markgrafen- und Bähringerstraße.

**Druck- und Anzüge** und **selbige Hose** in allen Größen gefertigt billig. 5003

**Weintraub** An- u. Verkaufsgeschäft **Kronenstr. 52, Tel. 3747**

**Bilder** mit Rahmen, große Auswahl, billig. 6032 **Schlafers Kunsthandl., Kaiserstraße 88**

**Pfannkuch & Co.** Für die heiße Jahreszeit!

**Mineralwasser** wie **Gerolsteiner**, **Kronthal**, **Leinacher**, **Kaiser**, **Fr.-Quelle**, **Ren-Selters** ferner **Apfel-Ela**, **Apfel-Gold**, **Karlsr. Gold**

**Himbeersaft** in Flaschen verschiedener Größen. 6030

**Citronen** **Pfannkuch & Co.**



**Koffer - Fabrik Eduard Müller**

Waldstrasse 45 KARLSRUHE Telefon 2165

**Reisekoffer Handkoffer**

— nur eigenes Fabrikat — grösste Auswahl am Platze  
Ausführungen in: **Rohrplatten, Pappel- u. Fichteholz**, prima Friedens-Ausführung  
F III Damen 85 90 95 100 cm lg. M. 330.- 410.- 430.- 450.-  
Herren 80 85 90 95 100 cm lg. M. 330.- 350.- 370.- 390.- 410.-  
Cabine 80 85 90 95 100 cm lg. M. 290.- 310.- 330.- 350.- 370.-  
in allen Grössen und Preislagen  
Serie III: mit Stoffbezug, Oelfarbenanstrich  
45 50 55 60 65 70 cm lg. M. 50.- 55.- 60.- 65.- 70.- 75.-  
**Reise-Taschen** in Leder-, Kunstleder- u. Stoff-Ausführungen, Vollständige Ausrüstung f. Touristen u. Hochtouristen. Eigene Fabrik und Reparaturwerkstätte.

**Zahlung der Reichseinkommensteuer.**

Das zweite Viertel der vorläufig zu entscheidenden Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 muß spätestens am 16. d. M. begahlt werden. An die Zahlung wird erinnert. Der erst nach dem 22. d. M. bezahlte wird ohne vorherige Warnung abzwangsweise betrieben und muß eine Pfändungsanordnungsgeldgebühr entrichten. Wird erst nach dem 15. d. M. bezahlt, so müssen Zinsen zu 5 p. h. vom 16. d. M. an entrichtet werden. **Karlsruhe, den 2. August 1921. 1768 Finanzamt.**

**Fabrikarbeiter-Verband Deutschlands, Zahlstelle Karlsruhe.**

Telephon 781. Postfachkonto 27 505.  
Vom 3. August ab befindet sich unser Büro in der **Körnerstrasse Nr. 1** Ecke Kaiserallee, Wirtschaft zur „Tanne“. Wir erlauben die Funktionäre dies den Kollegen bekannt zu geben. **Die Ortsverwaltung, A. Verisch.** 5402

**Deutscher Holzarbeiterverband**

Verwaltungsstelle Karlsruhe. Am Donnerstag, den 4. August, abends halb fünf Uhr, gleich nach Geschäftsabschluss, findet im „Colosseum“, Saal 3, eine **Vertrauensmänner-Versammlung** statt. Zu dieser Versammlung sind die Betriebsräte und die Delegierten sowie die Vertrauensleute eingeladen. Tagesordnung: Bericht von der am 31. Juli in Karlsruhe stattgefundenen Konferenz der bad. Verwaltungskreise. Keine Wertpapiere darf fehlen. 5382 **Die Ortsverwaltung.**

**Organisation ehem. Kriegsteilnehmer vor dem 9. Nov. 1918 entf. ohne Anzug**

Am Donnerstag den 4. August bis einschli. Samstag den 6. August werden wir im „Statistikklub“, Adlerstraße, einen Kasten neue amerikanische **Wollsocken und Blusen** zum Selbstkostenpreis abgeben. Verkauf wird bis abends 7 Uhr. 5404 **Der Vorstand.**

**Volkschor Karlsruhe-West. Einladung.**

Am Samstag den 6. August, abends 7 1/2 Uhr, findet im Vereinslokal unsere halbjährliche **General-Versammlung** statt. Es wird gebeten zahlreich zu erscheinen. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Einträge sind bis zum 3. August bei der Vereinstellung schriftlich einzureichen. 5402 **Der Vorstand.**

**Städt. Vierordtbad**

Wegen Vornahme von Instandsetzungsarbeiten ist die **Dampfbad- u. Kurabteilung vom 1. bis 14. August d. Js. geschlossen.** **Schwimmbad und Wannenbäder** bleiben **geöffnet.**

**Kleider, Wäsche, Wanzentod**

Schöne, neu und getragene Kleider, Herren- und Kinder, kaufen Sie heiss am vorteilhaftesten bei **U. R. A. Fr. Eyringer, Markgrafenstr. 52, Karlsruhe - Tel. 3263.**

**Palast-Theater** Herren-Strasse.

Mittwoch bis Freitag **Der orientalische Prunkfilm Sselam Aleikum** Drama, 1 Vorspiel und 6 Akte. **Beiprogramm.**

**Kragen-wascherei Schorpp**

wäscht und bügelt in altbekanntester Ausführung. **Annahmestellen in allen Stadtteilen.**

**Milchnet** der Firma Pfannkuch & Co.

Ausgabe vom 1. August, ist ein großer Preisheft enthalten. Es muß heißen:  
**Balactina-Kindermehl** bestehend aus: ca. 23% Weizenmehl, ca. 64% Vollmilch, ca. 13% Zucker, 400 Gramm, brutto 1/2 Pfund - Paket **Mark 5.-** (anstatt wie irrtümlich Mark 2.-)  
**Milch-Süßspeise** bestehend aus: ca. 30% Zucker, ca. 30% Trockenmagermilch, ca. 40% Weisener oder Reisgries u. Karottenselbst, 1/2 Pfund - Paket **Mark 2.-** (anstatt wie irrtümlich Mark 5.-)

**Gemeinde-Sparkasse Gaggenau**

Rathaus Zimmer 5. **Neu eröffnet 16. Juli 1921.** Annahme von Spargeldern zu 4% verzinslich von dem der Einzahlung folgenden Tage. Aufbewahren von Wertpapieren aller Art in feuersicheren Tresors. Giro-, Scheck- und Ueberweisungsverkehr. Giro-Einlagen werden mit 3 1/2% verzinst. **Kassenstunden:** Vormittags 9-12 1/2 Uhr, Nachmittags 3-5 Uhr. **Städt. Konzerthaus** Mittwoch, 3. August 7 bis geg. 10 Uhr, M. 12.20 **Die Rose u. Stambul** **Kaffat. Kaffat.** 500 Verkauf von **Alt- u. Möbel** Beschäftigung ohne Kanonenzwang erwünscht. **Karl Rauch,** Dreherstr. 3. Dreherstr. 3

**Kostüm-Bügelinnen** sofort gesucht

**Färberci und Chem. Wasch- u. Kaffat. Burg** Karlsruhe, 43. 6031

**Divans!**

neue, in Stoff und Stroh für 600 u. 750 Mk. zu verkaufen. **Wolfermühlweg 25, Köhler, Schützenstraße 25.** **Soj** raffiniertes, 1/2 Liter alt, billig zu verkaufen. **Erfragen im Volksfreundbüro.**



**Hensels Kunst-Speisefett**

das Beste und Billigste zum **Braten :: Backen :: Kochen** ist wieder in bekannter Friedensqualität in allen Filialen erhältlich. **1 Pfd. Mk. 9.- 5 Pfd. à Mk. 8.80 10 Pfd. à Mk. 8.50 20-30 Pfd. à Mk. 8.20** Versand in neuen 5, 10 u. 25 kg. Eimern Berechnung brutto für netto. **Gebr. Hensel** Tel. 71 u. 571 Karlsruhe Tel. 71 u. 571

**Rastatter Anzeigen.**

Volksgarten betr. Nachdem die Erdbeerbearbeitungen für den Volksgarten beendet sind, sind die Zugänge zu demselben von heute ab tagsüber wieder geöffnet. Es wird gebeten, auch jetzt schon sich freizumachen an die Schloß- und Flächen zu halten und die zur späteren Anlegung der Beete bestimmten Anlagen und deren Befestigungen nicht zu betreten. Beim Eintritt der Dunkelheit werden die Zugänge durch den Schloßhof, an der Lohengraben- und an Ludwigstrasse geschlossen. Die Anlage wird neben der Stadt. Aufsicht dem Schutze der Einwohnerversammlung empfohlen. Ueber eine Anlage, die der ganzen Einwohnerversammlung gemeinbar sein soll, soll diese auch im besonderen Maße wachen. **Rastatt, den 1. August 1921. 1750 Das Bürgermeisteramt, Rastatt.**

**10 tüchtige Maurer**

werden eingestellt. **Emil Stober, Baugeschäft Rastatt.** 5411 **Baden-Baden.**

**Schwerarbeiter - Brotzulage.**

Die Zulagearbeiten für Schwerarbeiter können im Stadt. Rat (frühere Rasse 5) jeweils nachmittags von 2-4 Uhr gegen Vorzeigen der Kolonialwarenkarte in nachstehender Buchführung-Weisung abgeholt werden: **A-K am Mittwoch, den 3. August 1921 L-Z am Donnerstag, den 4. August 1921** Die Großbetriebe werden ersucht, die für ihre Arbeiter bewilligten Schwerarbeiterzulage durch einen Vertreter am **Freitag, den 5. August 1921** abholen zu lassen. **Lebensmittelamt. 1762**

**Offenburger Anzeigen.**

**Zucker-Versorgung.** Am Donnerstag, Abends 700 Gramm Pfund **Mark 3.80** gegen die August-Monatszuckerkarte. **Kommunalverband Offenburg-Stadt**

**Bruchtaler Anzeigen.**

Grundstückserweiterung betr. Die Stadtgemeinde verleiht am **Mittwoch, den 10. August 1921, vorm. 10 Uhr**, einen öffentlichen Ausschuss an der Straße am alten Schloß in den Geschäftsräumen des Grundbuchamts. Stellungnahme werden eingeladen. **Bruchtal, den 29. Juli 1921. 1760 Der Stadtrat, Bruchtal.**

**Zusatzkarten**

für werdende und künftige Mütter und für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre wollen am **Freitag, den 5. August 1921**, auf der Kartenausgabe, Zimmer Nr. 1, von dem Empfangsberechtigten abgeholt werden. Die bei der Anmeldung zugestellte Nummer ist vorzulegen. **Bruchtal, den 3. August 1921. 1769 Kommunalverband Bruchtal-Stadt Kartenausgabestelle.**

**Verlangen Sie überall**



ist geröstet. **Kaffee** versch. Preislagen offen u. abgepackt

**Mischung** mit 10-25-50% Bohnenkaffee 1/2 Pfd. Pakete.

**Kaffee-Zusatz** beste Rohstoffe 1/4 Pfd. Pakete. **CHRISTIAN RIEMPP** KARLSRUHE

KAFFEE-IMPORT-GROSSHANDELS-GESELLSCHAFT KARLSRUHE COLOGNER-STRASSE 100 GROSS-ROST- u. ESSENZ- u. SCHNITT- u. GEMÜLDE-MÜHLEN **Sie erhalten Qualität!**

**Vielleicht**

sind auch Sie bei Herstellung Ihres Hausgetränktes mit einem Kaffeezusatz bereicherter? Wenn dies der Fall, dann lassen Sie sich meine neueste Probekarte mit drei Amerikanern kommen. — Ziele täglich einlaufende Anerkennungen. **Robert Ruf, Ettlingen 58** Heidelberg-Berand. **Niederlagen in Karlsruhe bei: G. Deubler, Nachfolger, Drogerie, Augustenstr. und Emil Ruf, Poststr. 90.**

**Pfannkuch & Co.** Für die heiße Jahreszeit!

**Obstmost** in Flaschen **3.-** ohne Glas, einschli. Steiner.

**Limonade**

Flaschen-Inhalt **— .60**

**Soda-Wasser**

Flaschen-Inhalt **— .45** für die Flasche wird M. 2.- hinterlegt und bei Rückgabe vergütet. 6030

**Most-Extrakt**

**Pfannkuch & Co.**